

Die ganz linke Tour



Wie im Freistaat Sachsen versucht wird, „Toleranz und Demokratie“ mit Hilfe von Linksextremisten durchzusetzen

Beiträge zur
sächsischen Landespolitik

Heft 7

NPD
Fraktion
im Sächsischen Landtag



Antifaschismus als Sicherung des Herrschaftsmonopols

Schein und Wirklichkeit sind oft nicht nur zwei verschiedene Ebenen – sie können auch ganz gegensätzlich zueinander stehen. Der Antifaschismus ist ein solches Phänomen: Moralisch überlegen, von höherer Bildung und Erkenntnis durchdrungen, „menschlich“ und „gewaltfrei“ – so stellen sich die Protagonisten des Antifaschismus gern selbst dar. Dann gibt es aber jene Gruppen, die sich als „Antifa“, „antifaschistische Initiativen“ oder unter einem neutralen Namen zusammengeschlossen haben, um den „Feind“, den „Faschisten“ mit Gewalt zu vernichten.

Diese Vernichtung zielt auf Sachen und Personen ab. Von Personen aus solchen Zusammenhängen werden immer wieder strafrechtliche Delikte wie Sachbeschädigung, Körperverletzung und versuchter Mord gegen Anhänger der nationalen Opposition begangen. Wie selbstverständlich wird körperliche Gewalt von diesen Gruppen als Mittel der Auseinandersetzung eingesetzt. Werden die Täter gefaßt, dann kommt es nur zu milden Strafurteilen, die meist zur Bewährung ausgesetzt werden.

Es ist nicht bekannt, ob in Sachsen überhaupt einmal ein Staatsanwalt ein Verfahren gegen diese antifaschistischen Gruppen wegen der Bildung ei-

ner kriminellen Vereinigung eingeleitet hat oder gar der Beschluß über das Verbot einer solchen Vereinigung durch ein Gericht erfolgt ist. Gern stellen sich die Innenminister des Bundes und der Länder in den Medien als „Terroristenjäger“ und „Schutzherrn des Volkes“ dar, aber gegen den politischen Terror der Antifa gegen die nationale Opposition, der schon seit Jahrzehnten andauert, geht man nicht vor.

Das Phänomen „Antifaschismus“ auf diese sogenannten Antifa-Gruppen zu begrenzen, wäre aber grundfalsch. Diese Gruppen sind nur die Hilfstruppen der Herrschenden zur Verhinderung einer nationalen Opposition. Die grundlegende Funktion des Antifaschismus ist die eines politischen Tabuwächters, der die bestehenden Herrschaftsverhältnisse abzusichern hat. Und diese Funktion weist über die Gruppen der gewalttätigen Antifa am linksextremen Rand weit hinaus auf die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik Deutschland: Konzerne, etablierte Parteien und Medien.

Der Philosoph und Soziologe Arnold Gehlen bemerkte in seinem Spätwerk „Moral und Hypermoral“: „In der Krise wächst die Neigung, den Meinungsgegner zum Dissidenten zu machen, zum Abgesonderten, und das geschieht wirksam durch moralische Ächtung. Der so zum Schweigen Gebrachte kann wie der Tote weder anklagen noch sich verteidigen, noch Zeugnis ablegen.“ Der „Antifaschismus“ ist damit auch der Ausdruck einer geistigen Krise der Herrschenden. Das fehlende Argument in der geistigen Auseinandersetzung wird durch eine Herrschaftsmoral ersetzt, die mit Tabuzonen und Denkverboten ein Bollwerk gegen ein neues Denken errichtet.

Der „Antifaschismus“ kann deshalb nicht in einen „moralischen“ und von daher „anständigen“ und in einen gewalttätigen und deshalb verurteilenswerten unterschieden werden. Denn

der moralisierende Antifaschismus der etablierten Parteien und der Medien duldet und verharmlost den gewalttätigen Antifaschismus. Dieses symbiotische Verhältnis von „moralisierendem“ Antifaschismus der Herrschenden und dem gewalttätigen Antifaschismus von linksextremen Randgruppen findet seinen Ausdruck in dem Programm der sächsischen Landesregierung „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“. Allein im Jahr 2005 wurden nach Angaben der sächsischen Staatsregierung aus diesem Programm 1.242.868 Euro bereit gestellt.

Die vorliegende Broschüre soll dem kritischen Bürger eine Vorstellung davon geben, wie in Sachsen Politik gegen die nationale Opposition mit dem erheblichen Einsatz von Steuermitteln betrieben wird. Daß hier Steuermittel zweckentfremdet werden, ist der eine Aspekt. Daß Begriffe wie „Toleranz“ und „Demokratie“ benutzt werden, um in Umkehrung der Bedeutungsinhalte einen intoleranten und undemokratischen „Kampf gegen Rechts“ zu führen, zeigt nur zu deutlich, daß die Herrschenden die geistige Auseinandersetzung mit der NPD fürchten und zu verhindern suchen und deshalb mit dem Knüppel einer Scheinmoral wild um sich schlagen.

Politische Erfolge derjenigen Kräfte, die sich nationale Identität, nationale Souveränität und nationale Solidarität in einem sozial gerechten Volksstaat auf die Fahnen geschrieben haben, werden die Mächte des Alten und Überlebten so aber auch nicht verhindern können.

Jürgen Gansel, MdL



Ein Schlaglicht vorab

Am 24. März 2006 verurteilte das Amtsgericht Dresden die Antifa-Aktivistin Anja Bierig in erster Instanz wegen gefährlicher Körperverletzung und schwerem Landfriedensbruch zu einer Haftstrafe von einem Jahr, die zur Bewährung ausgesetzt wurde und zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 600 Euro. Die Bewährungszeit beträgt zwei Jahre.

Bierig hatte am 16. Juni 2005 zusammen mit weiteren Tätern in der Dresdner Neustadt eine Gruppe von Vertretern der nationalen Opposition überfallen, die eine Veranstaltung des Vereins Bürger.Courage besuchen wollten. Dabei wurde Elli Dobberstein (63), die Ortsbeirätin des Nationalen Bündnisses in Dresden-Plauen und gute Seele der nationalen Opposition in der sächsischen Landeshauptstadt, mit einer Eisenstange schwer am Kopf verletzt. Als Täterin wurde die Bierig identifiziert.

Vierzehn Tage zuvor hatte das Gericht ein Verfahren gegen fünf Dresdner Antifa-Aktivisten auf Antrag der Staatsanwaltschaft nach § 153 der Strafprozeßordnung gegen die Zahlung von Geldstrafen zwischen 400 und 600 Euro eingestellt. Als skandalös wurde es dabei nicht nur von nationalen Prozeßbeobachtern empfunden, daß die Geldstrafen an den linken Verein AMAL zu zahlen sind, der sich um „Opfer rechter Gewalt“ kümmert. Die Angeklagten gehören

zum Umfeld von AMAL. Damit fließt das Geld der Antifa-Aktivisten sozusagen indirekt wieder in ihre eigenen Taschen!

AMAL erhält übrigens im Jahr 2006 – ebenso wie im Vorjahr – allein aus dem sächsischen Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ ca. 36.000 Euro. Der Verein Bürger.Courage, dessen Veranstaltung die Antifa im Juni 2005 angeblich „schützen“ wollte, erhielt im vergangenen Jahr 5.000 Euro, 2006 verdoppelte sich der Betrag auf 10.000 Euro.

Die in erster Instanz verurteilte Antifa-Aktivistin Anja Bierig war 5 Wochen vor ihrer Verurteilung in einem Bericht des „Döbelner Anzeigers“ vom 15. Februar 2005 – dort unter falschem Namen – als Anti-Gewalt-Trainerin vorgestellt worden. In diesem Artikel des Döbelner Anzeigers wird über einen zweitägigen Selbstverteidigungskurs für Jugendliche im Jugendhaus Roßwein berichtet. In diesem Zeitungsbericht wird dem Leser suggeriert, daß es sich um einen Selbstverteidigungskurs im Rahmen einer Freizeitbeschäftigung für Jugendliche handelt. Daß die beiden Trainer Thomas Hannich und Anja Bierig alias Schneider in einem gewaltbereiten Umfeld von Antifaschisten mehrfach in Erscheinung getreten sind, wird in dem Zeitungsartikel nicht erwähnt. Auch das „Jugendhaus Roßwein“ taucht in den Veröffentlichungen diverser antifaschistischer Gruppen, u.a. auch des Vereins AMAL, immer wieder als Kontaktanschrift und Veranstaltungsort auf. Auch diesen Aspekt bleibt der Bericht in dem Döbelner Anzeiger dem Leser schuldig. Dieser Vorgang zeigt exemplarisch, daß in der veröffentlichten Meinung der Medien der sogenannte „Antifaschismus“ anders dargestellt wird, als er tatsächlich ist. Schein und Wirklichkeit des Antifaschismus klaffen weit auseinander.

Antifaschistischer Schein...

Ministerien starten Aktion gegen Rechts Kampagne soll Wölfe im Schafspelz entlarven

Dresden. Sachsens Innenminister Albrecht Buttolo und Kultusminister Steffen Flath (beide CDU) haben gestern eine Aufklärungskampagne gegen rechtsextreme Propaganda gestartet.

Aus: „Freie Presse“ vom 31.03.2006

Zivilcourage mit Rathaus-Segen Sachsen demokratisch: Pirnaer Initiative gegen Rechtsextremismus wird ausgezeichnet

Die Pirnaer „Aktion Zivilcourage“ erhält den Julius-Rumpf-Preis 2005. Wichtiger als die Auszeichnung ist der Initiative zur Stärkung der Demokratie aber, daß ihr Anliegen in Stadt und Bürgerschaft unterstützt wird.

Aus: „Neues Deutschland“ vom 4.11.2005

Wolfgang Thierse macht Courage-Initiative Mut

Schirmherrschaft. Bundestagspräsident Thierse besucht die Initiative Bürger.Courage. Wolfgang Thierse (SPD) kam als Mutmacher. Der Freundeskreis „Dresden gegen rechtsextremes Denken“ mit dem Kurznamen „Bürger.Courage“ hatte den Bundestagspräsidenten um ein Treffen gebeten. Immerhin ist er der Schirmherr der Initiative.

Aus: „Sächsische Zeitung“ vom 09.08.2005

Die besseren Parlamentarier

Parteien. Die SPD verteilt eine Broschüre zum Umgang mit der NPD. Berlin. Die SPD gibt in dieser Woche einen 62-seitigen Leitfaden zum Umgang mit Rechtsextremisten heraus. Die Broschüre listet „Prinzipien und Orientierungspunkte“ sowie Handlungsbeispiele auf und richtet sich vor allem an Funktions- und Mandatsträger.

Aus: „Sächsische Zeitung“ vom 29.03.2005

Sächsisches Toleranz-Projekt erhält mehr Geld

Dresden. Innerhalb des Landesprogramms „Weltoffenes und tolerantes Sachsen“ könnte künftig weitaus mehr Geld für Initiativgruppen und für Vorort-Projekte zur Verfügung stehen als bislang geplant.

Aus: „Sächsische Zeitung“ vom 08.11.2005

AMAL will Licht ins Dunkel bringen

Dresden. In Sachsen kommt es nach Aussagen des Vereins „AMAL – Hilfe für Betroffene rechter Gewalt“ täglich zu rassistischen Vorfällen und Übergriffen durch Neonazis.

Aus: „Junge Welt“ vom 20.07.2005

Verfahren gegen Neustadt-Linke eingestellt Haue für Nazi-Schläger rechtlich „nicht gravierend“

Großes Gedränge gestern am Saal 21 im Amtsgericht Dresden. Durch eine eigens aufgebaute Sicherheitsschleuse quälten sich dutzen fünf mutmaßliche Linke, die stadtbekannteste Rechte vermöbelt haben sollen.

Aus: „Dresdner Morgenpost“ vom 11.03.2006

...antifaschistische Wirklichkeit



Elli Dobberstein,
Ortsbeirätin
des Nationalen
Bündnisses in
Dresden-Plauen,
nach dem Angriff
antifaschistischer
Schläger.

Linke Tour im „Kampf gegen Rechts“

„Was hat es jedoch mit Toleranz und Weltoffenheit zu tun ... wenn mit diesem Geld gewaltbereite und gewalttätige Linksextremisten ... alimentiert werden?“

Holger Apfel,
NPD-Fraktionsvorsitzender im Sächsischen Landtag

Das obenstehende Zitat stammt aus einem Redebeitrag des NPD-Fraktionsvorsitzenden im Sächsischen Landtag vom 18.4.2005.¹ Das Geld, auf das in dieser Rede Bezug genommen wird, sind Mittel aus dem sächsischen Landeshaushalt, welche die sächsische Landesregierung zur Unterstützung eines Programms *Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz* bereitstellen will. Über die Akteure, denen der Segen dieser staatlichen Spenderfreudigkeit in Zeiten chronisch klammer öffentlicher Haushalte zuteil wird, kommen wir weiter unten noch ausführlich zu sprechen. Politischer Hintergrund sind die teilweise hysterischen Reaktionen des politischen Systems, der Massenmedien und diverser anderer Institutionen in

Deutschland auf den aufsehenerregenden Einzug der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands in den Sächsischen Landtag im Spätsommer 2004. Diese äußerten sich in vermehrten Bemühungen um Zurückdrängung und Marginalisierung nationaler Politikansätze. Dabei reichte die Maßnahmenpalette von einer empörungsgetränkten, teilweise mit persönlichen Beleidigungen und beharrlichem Ignorieren einhergehenden massenmedialen Behandlung des Phänomens NPD², über erneute Verschärfungen der gesetzlichen Bestimmungen bei der Verfolgung von Meinungsäußerungsdelikten³

bis zur offenen Inanspruchnahme des Verfassungsschutzes durch den brandenburgischen Innenminister Jörg Schönbohm als Sanktionierungsexekutive des NPD-Bundestagswahlkampfes.⁴ Entscheidende Bedeutung kommt bei der Mehrzahl dieser Aktivitäten weiterhin der Bereitstellung finanzieller Mittel durch die öffentliche Hand zu. Erst so wird die Handlungsfähigkeit diverser Organisationen und Projekte im „Kampf gegen Rechts“ ermöglicht.

Dabei markiert das erfolgreiche Abschneiden der NPD bei der sächsischen Landtagswahl nur den Anlaß für den Start einer neuen Runde der allgemeinen Tendenz einer Verschiebung des politischen Koordinatensystems der Bundesrepublik Deutschland nach „links“ und den Versuch von deren institutioneller Untermauerung durch massive Finanzierungsbeihilfen. Bereits im März 2001 hatte der Bundestag ge-

gen die Stimmen von CDU/CSU einen Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und PDS *Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt*⁵ angenommen. Der Antrag ermöglichte die Bereitstellung von Bundesmitteln für eine Flut von Initiativen und Projekten, die sich dem *Kampf gegen Rechts* verschrieben hatten. Unter anderem wurde ein Aktionsprogramm *Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus* aufgelegt. Dieses Programm fällt in den Zuständigkeitsbereich des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ).⁶ Das Aktionsprogramm vereinigt in sich wiederum die drei Sub-Programme *Xenos – Leben und Arbeit in Vielfalt*, *Entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus* und *Civitas – Initiative gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern*. Das Gesamtprogramm umfaßt nach Angaben des Ministeriums über 3600 verschiedene Projekte, auf welche insgesamt 182 Millionen Euro an staatlichen Finanzmitteln verteilt werden sollen.⁷

Das Programm *Civitas* wurde, wie aus der vollen Namensgebung hervorgeht, speziell für die Gebiete Mitteldeutschlands entwickelt. Insbesondere lokale Initiativen „wie z.B. Vereine, Verbände, Initiativen und Bündnisse, die sich für demokratische Grundwerte

engagieren und gegen Rechts-extremismus aktiv handeln“⁸, sollen unterstützt werden. Die Umsetzung wird sowohl von der *Stiftung Demokratische Jugend*⁹, als auch von der *Amadeu-Antonio-Stiftung* realisiert.¹⁰ Im Jahre 2005 wurden für das Programm neun Millionen Euro bereitgestellt. Eine bereits geplante Mittelreduzierung auf vier Millionen wurde angesichts des Wahlerfolgs der sächsischen Nationaldemokraten revidiert.¹¹



Gegendemonstrant bei der Wahlveranstaltung der NPD mit Franz Schönhuber am 29.09.2005 in Dresden

¹http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra_startseiten/presse.html, geladen am 12.8.2005.

²Man denke an das blamable Verhalten der Leiterin der ZDF-Hauptredaktion Innenpolitik, Bettina Schausten, gegenüber Apfel am Wahlabend einerseits oder die konzentriert durchgesetzte Unterbindung der medialen Selbstpräsentation der NPD im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 andererseits.

³Gemeint sind die Änderungen des sog. „Volksverhetzungsparagrafen“ (§130 StGB) vom 11.3.2005; vgl. http://www.bmj.bund.de/enid/0,69bf9c707265737365617274696b656c5f6964092d0931393035093a096d795f79656172092d0932303035093a096d795f6d6f6e7468092d0930333/Presse/Pressemitteilungen_58.htm, geladen am 30.10.2005.

⁴Wir beziehen uns auf die Umtauschaktion der sog. „Schulhof-CD“, vgl. den Aufruf zum Umtausch der CD auf den Seiten des Brandenburger Landesamtes für Verfassungsschutz, http://www.verfassungsschutz-brandenburg.de/sixcms/list.php?page=homepage_de, geladen am 12.9.2005; s.a. Meldung vom 9.9.2005: „Schönbohm mißbraucht Verfassungsschutz für Wahlkampf gegen die NPD“ auf http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=26&cmsint_id=1&detail=157, geladen am 12.9.2005.

⁵Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/5695 vom 30.3.2001.

⁶http://www.bmfsfj.de/top/dokumente/Artikel/ix_65430.htm?template=single&id=65430&script=1&ixpf=654

⁷Hinzu kommen noch Mittel aus Töpfen der EU (75 Millionen Euro für das Programm *Xenos* bis zum Jahre 2006); vgl. Artikel: „Reicher Geldfluß für Projekte gegen Rechts – 332 Millionen Euro bis 2006“ in: „Junge Freiheit“ 21/05 vom 20.5.2005.

⁸So die Selbstdarstellung auf <http://www.jugendstiftung-civitas.org/>, geladen am 29.10.2005.

⁹Die Stiftung Demokratische Jugend wurde 1990 auf Initiative des *Runden Tisches der Jugend* als selbstständige Stiftung gegründet. Stiftungsvorstand ist der Pfarrer Frieder Böttger aus dem sächsischen Rittersgrün. Die Stiftung berät Civitas bei der Mittelverwaltung und der technischen Abwicklung der Programme.

¹⁰Die *Amadeu-Antonio-Stiftung* ist eine Einrichtung, die den „Kampf gegen Rechts“ sowie die Mittelverteilung und -verwendung beim Aktionsprogramm *Civitas* mitkoordiniert. Sie wurde bereits 1998 gegründet und ist nach dem angolanischen Vertragsarbeiter Amadeu Antonio Kiowa benannt, der im November 1990 in Eberswalde nach einer gewalttätigen Auseinandersetzung mit brandenburgischen Skinheads verstarb. Als Schirmherr der Stiftung fungiert der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse. Hauptamtliche Vorsitzende ist Anetta Kahane, eine ehemalige IM der Staatssicherheit, welche diverse Kontakte zur linksextremen Szene unterhält (vgl. hierzu etwa die Studie „Erosion der Mitte. Die Verflechtung von demokratischer und radikaler Linker im ‚Kampf gegen Rechts‘ am Beispiel der Amadeu-Antonio-Stiftung“ des *Instituts für Staatspolitik*, Schnellroda 2004, S. 16f.).

¹¹S. Holger Wartz, „Antje Hermenau hat gut lachen“, in: „Junge Freiheit“ 07/05 vom 11.2.2005.

All diese Entwicklungen kommen nicht überraschend. Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte diesen Prozeß zu Beginn seiner ersten Amtszeit 1998 angekündigt: Er sprach vom „Ende des CDU-Staates“¹² und meinte damit die Transformation der Bundesrepublik als eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens auf der Grundlage des Antitotalitarismus zu einer „demokratisch-antifaschistischen“ Gesellschaft. Unter der Regierung Schröder fand seitdem ein Umbau des politischen Grundverständnisses der BRD zur „antifaschistischen“ Gesinnungsgemeinschaft statt.

Nun handelt es sich aber beim „Antifaschismus“ als politisches Programm und als sprachwissenschaftliche Figur – zumindest seiner historischen Entstehung nach – um einen „totalitären Mythos“ kommunistischen Ursprungs.¹³ Als Kampfbegriff und kleinster gemeinsamer Nenner ist er fester Bestandteil linksextremistischer Ideologie. Das Extremistische zeigt sich nicht nur – wie es etwa die Extremismustheorie nahelegt – in der Ablehnung des liberal-demokratischen Prinzips bzw. des „demokratischen Verfassungsstaates“¹⁴, sondern allgemeiner in einem ultra-rigiden Denk- und Kommunikationsstil, welcher die Welt in sachlicher und sozialer Hinsicht ausschließlich anhand eines simplen Freund-Feind-Schemas (in diesem Falle Antifaschist/

Faschist) begreift.¹⁵ Antifaschismus teilt mit linksextremistischen Theorien auf der Wertebene die Utopie einer egalitären Gesellschaft als Begründungshintergrund seines dualistischen Weltverständnisses. Auf der Personenebene äußert sich dies entweder in der Bejahung physischer Gewalt oder der funktional äquivalenten Kommunikationsverweigerung gegenüber Personen, die als „Feind“ markiert werden. Die spezielle Orientierungsleistung des Antifaschismus besteht jedoch in der Bestimmung des Negativwertes, also in der Reduktion ganz unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Phänomene auf einen einzigen Referenzwert, nämlich die „Faschismus“-Formel. Durch die programmatische Betonung der Notwendigkeit des politischen Kampfes gegen diesen allgegenwärtigen Feind wird zudem eine permanent mitlaufende Handlungsaufforderung reproduziert. Eine derart konzipierte Ideologie ermöglicht ihren Anhängern fremdreferentiell abgesicherte Selbstlegitimation und entlastet somit zugleich von Reflexionszumutungen, sie garantiert zudem Zukunftssicherheit („Der Schoß ist fruchtbar noch“!) und erhöht die Binnensolidarität der Eigengruppe („Antifaschisten“) sowie deren Mobilisierungschancen.

Aus der Sicht einer normativen Extremismustheorie, die den Extremismus als politische Antithese zum demokratischen Verfassungsstaat definiert, ist eine derartige Entwicklung, die in der offensichtlichen Übernahme extremistischer Positionen in den Mehrheitsdiskurs sowie der Zusammenarbeit von

Akteuren der politischen Mitte mit Linksextremisten besteht, nicht begründbar. „Liberaler Totalitarismus“¹⁶ ist nach dieser Lesart ein Widerspruch in sich. Aus dieser Beobachtungsperspektive muß es irritieren, daß die sogenannten demokratischen Kräfte, die sich verbal Werten wie Toleranz, Gewaltfreiheit, Pluralismus etc. verpflichtet fühlen, mit Kräften kooperieren, die als eindeutig intolerant und gewaltbereit zu charakterisieren sind. Trotzdem handelt es sich bei der finanziellen Unterstützung linksextremistischer Gruppierungen nicht nur um Zu- oder Unfälle bzw. unbeabsichtigte Nebeneffekte aufgrund von Informationsdefiziten der verantwortlichen Stellen.¹⁷ Linke Ideologien (Marxismus, Kommunismus, Anarchismus) teilen mit dem Liberalismus eine gemeinsame „Matrix“ (Alain de Benoist), die auf ihre Herkunft aus dem aufklärerischen Denken verweist,¹⁸ und die es erlaubt, eine gemeinsame Feindbestimmung trotz aller programmatischen Unterschiede vorzunehmen.

Exkurs: Zur historischen Entwicklung und gegenwärtigen Struktur des „Antifaschismus“

Mit dem Siegeszug der faschistischen Bewegung unter Benito Mussolini in Italien Anfang der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts organisierte sich unter der Bezeichnung „Antifaschis-

mus“ zunächst die inneritalienische Opposition. Zu diesem frühen Zeitpunkt fungierte der Begriff als Sammelbezeichnung für alle der faschistischen Bewegung ablehnend gegenüberstehenden politischen Kräfte, von kommunistischen und marxistischen bis hin zu bürgerlichen und klerikalen Kräften.

Schon bald aber gelang es dem kommunistischen Lager, den Begriff zu ihrem ureigensten Kampfinstrument zu stilisieren und zu internationalisieren. Bereits 1924 definierte man auf dem V. Weltkongreß der *Komintern* den Faschismus als „bloßes Kampfinstrument der Bourgeoisie gegen das Proletariat“. In diesem Verständnis ist der Faschismus eine terroristische Erscheinungsform des Kapitalismus und gleichzeitiges Anzeichen von dessen Niedergang. Auf dem XIII. Plenum des *Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale* (EKKI) brachte der Komintern-Funktionär Georgi Dimitroff 1935 die Faschismusdefinition in ihre endgültige, bis heute für orthodox-kommunistische Kräfte gültige Form. Demnach gilt der Faschismus als

„...die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, am meisten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“.

¹²So eine Formulierung von Bernd Rabehl aus seinem Vortrag vor der NPD-Landtagsfraktion vom 8.6.2005, nachzulesen unter http://www.sachsen.npd.de/npd_sa_startseiten/aktuell.html, geladen am 26.9.2005.

¹³So stritt Wolfgang Thierse in der rbb-Sendung *klipp & klar* vom 13.9.2005 schlichtweg die partielle Unterstützung gewalttätiger Gruppen durch staatliche Finanzierungsprogramme ab.

¹⁴Das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft erscheint diesen Theorien zufolge als eines der wechselseitigen Beschränkung von Möglichkeiten: der von Natur aus „gute“, vernunftbegabte und freie geborene Mensch (Rousseau) wird durch die Gesellschaft/Zivilisation „entfremdet“, in seinen Entfaltungsmöglichkeiten beschnitten. Die Ideologien des Individualismus und der universellen Menschenrechte formulieren diese anthropologisch-soziologischen Grundannahmen aus. Demnach muß das Individuum vor unhaltbaren Zumutungen der sozialen Systeme rechtlich geschützt werden. Auch der Kommunismus, welcher ja gern als „Kollektivismus“ dem Liberalismus entgegengesetzt wird, unterscheidet sich hier nicht, da das „Kollektiv“ in seiner temporalisierten utopisch-universalistischen Form als Aggregation aller autonomen Individuen („Menschheit“) gedacht ist. Die grundlegende soziologische Einsicht, daß „Menschen“ ihre über die bio-psychische Integrität hinausreichende Individualität und Identität nur durch Prozesse der Sozialisation, Enkulturation und Erziehung ausbilden können und somit die Verfügbarkeit von Sozialität (Sprache, Kultur, Normen, Werte etc.) eine Bedingung der Möglichkeit von Individualität ist, bleibt in all diesen Ansätzen unberührt.

¹²Vgl. Daniel Goffart, „Senkblei FDP“ im *Handelsblatt* vom 22.10.2002.

¹³So die Einschätzung von Antonia Gruenberg: Antifaschismus – ein deutscher Mythos. Reinbek 1993, S. 11.

¹⁴S. z.B. die Definition der beiden prominentesten deutschen Extremismusforscher Uwe Backes und Eckhard Jesse „Der Begriff des politischen Extremismus soll als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte einig wissen.“, in dies. (Hrsg.): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1996, S. 45.

¹⁵Rigidität ist nach dem hier zugrundegelegten kommunikationstheoretischen Verständnis ein allgemeines Merkmal sinnverarbeitender Systeme. Dies bedeutet, Rigidität ist als Tendenz allen kommunikativen Prozessen, somit auch den politischen inhärent, und dies unabhängig von der jeweiligen Herrschaftsform, in welcher sie auftreten; s. ausführlicher Thomas Drescher: Antifaschismus – vom linksradikalen Kampfbegriff zum staatstragenden Axiom der Bundesrepublik Deutschland, in: *Sezession*, Heft 5/2004, S. 44–49.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges diente dieser Antifaschismus außenpolitisch der DDR in deren Selbstverständnis als „erster Arbeiter-und-Bauern-Staat“ (und mithin als konsequent antifaschistische Institution) als Legitimationsgrundlage sowie innenpolitisch als Kampfinstrument der SED gegen diverse oppositionelle Gruppierungen und Personen.¹⁹ So rechnete etwa die SED-Führung den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ursächlich „faschistischen Provokateuren“ und „Agenten“ zu, und noch 1989 wurden Gerüchte über den angeblich „faschistischen“ Charakter der in der *Umweltbibliothek* der Berliner Zionskirche befindlichen Literatur gestreut.

Für den Bereich der Bundesrepublik hat hinsichtlich der Nachkriegskarriere des antifaschistischen Phänomens Claus-M. Wolfschlag einen Klassifikationsvorschlag vorgelegt, der drei gegeneinander differenzierbare Strömungen identifiziert:²⁰ Zunächst etablierte sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in personeller und ideologischer Hinsicht der traditionelle Antifaschismus als „orthodoxer Antifaschismus“. Bedeutendste Vertreter dieser Richtung sind die auch heute noch existente *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten* (VVN-BdA) sowie auf parteipolitischem Felde die KPD bzw. deren Nachfolgeorganisation DKP. Der „orthodoxe Antifaschismus“ versteht sich, bedingt durch die personelle Kontinuität zur antifaschistischen Tradition der Weimarer Zeit und des

kommunistischen Widerstandes im Dritten Reich, als Sachwalter des antifaschistischen Erbes jener Zeit. Ideologisch knüpft er nahtlos an die marxistische Feindbestimmung des Faschismus nach stalinistischer Lesart an. So nimmt es nicht wunder, daß etwa jene heute mehr und mehr das offizielle Geschichtsverständnis dominierende Interpretation des 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung von Faschismus und Militarismus“ in diesem Milieu seine geistigen Wurzeln hat.

Parallel zu den Selbstbeschreibungen der DDR als „sozialistische Demokratie“ arbeiten „orthodoxe Antifaschisten“ mit einem dualen Demokratiebegriff, dessen Positivwert, die „wahre“ Demokratie, mit antifaschistischer Gesinnung gleichgesetzt wird. Staatliche Organe wie Verfassungsschutz, Polizei und Justiz werden nicht prinzipiell abgelehnt, sondern als Instrumente im Kampf gegen „Neofaschismus“ gesehen. Entsprechend wird von diesen Institutionen eine harte Gangart gegenüber nationalen Erscheinungen jedweder Form gefordert. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wird in seinen antinationalsozialistischen Bestandteilen bejaht, jedoch in seiner handlungsleitenden Relevanz auf diese verengt. Typisch für dieses Milieu ist die Forderung nach „demokratischer“ – sprich antifaschistischer – Umgestaltung der Bundesrepublik mit immer wieder mehr oder weniger transparenten Anleihen am DDR-System (etwa Verbotsforderungen für alle „faschistischen“ Organisationen und „Propaganda“).

Der Kommunikationsstil des „orthodoxen Antifaschismus“ ist gekennzeichnet durch eine moralisierende, alarmistische und anprangernde Färbung. Es wird eine stets präsente und stets

wachsende „faschistische Gefahr“ unterstellt, welche von der bürgerlichen Demokratie bewußt verharmlost und verdrängt werde. Diese Behauptung ergibt sich einerseits aus der These einer historischen Kontinuität der „faschistischen Gefahr“ aufgrund der unveränderten „Produktionsverhältnisse“ von Weimarer Republik, Drittem Reich und Bundesrepublik, andererseits aus dem sich daraus ableitenden Postulat eines historischen Parallelismus zur „Weimarer Zeit“ (und der damit implizit präsentierten These einer „Wiederholbarkeit der Geschichte“).

Zu den für nationales Denken elementaren politischen Kategorien „Nation“ und „Volk“ haben „orthodoxe Antifaschisten“ ein ambivalentes Verhältnis. Ähnlich der bereits erläuterten Duplikation des Demokratiebegriffes in einen „wahren“ (weil: antifaschistischen) und einen „falschen“ (bürgerlich-ideologischen) kann das Volk entsprechend der Klassentheorie in den Antagonismus von unterdrückten Klasse(n) bzw. Volk (Arbeit) und herrschenden Klasse, (Bourgeoisie, Kapital) differenziert werden. Nach dem gleichen Prinzip lehnt man einen Nationenbezug als nationalistisch (und damit als chauvinistisch und faschistisch) ab, während eine „wahrhaft patriotische“ Haltung mit einem klassenkämpferischen Standpunkt durchaus vereinbar scheint.

Der partiell positive Bezug des „orthodoxen Antifaschismus“ ist einer der fundamentalen Unterschiede zu einer weiteren Strömung im antifaschistischen Spektrum, dem von Wolfschlag sogenannten „aggressiven Antifaschismus“, welcher sich Anfang der siebziger Jahre aus der 68er-Bewegung heraus entwickelte. Dieser umfaßt sowohl den eher als historisches Kurzzeitphä-

nomen zu betrachtenden „radikalen Antifaschismus“ der *K-Gruppen* und der *RAF* sowie den – heute nach wie vor einschlägigen – „autonomen Antifaschismus“, welcher sich eher aus Mitgliedern der „Sponti“-Szene formierte. Während die sogenannten K-Gruppen (wie der *Kommunistische Bund* [KB], der *Kommunistische Bund Westdeutschlands* [KBW] oder die *KPD/ML*) als sektiererische Kleinstphänomene linksradikaler Intellektueller weiterhin eindeutig marxistisch geprägt blieben (und damit ebenfalls Anlaß für Konflikte mit anderen Strömungen dieses Milieus gaben)²¹, übernahmen die „Autonomen“ zwar bestimmte marxistische und kommunistische Theorieelemente und Schlagworte (etwa Imperialismuskritik), haben aber ein weitaus diffuseres, „klassische“ antifaschistische Positionen sprengendes Ideenarsenal, das ebenso anarchistische, feministische, antirassistische u.a. Ideologeme aufweist. Sie rekrutieren ihre Anhängerschaft vor allem über die Vermittlung eines spezifischen subkulturellen Lebensstils. Sowohl dem „radikalen“ als auch dem „autonomen“ Antifaschismus war bzw. ist ein prinzipiell affirmatives Verhältnis zum Einsatz physischer Gewalt als politisches Mittel sowie eine konsequente Ablehnung des Nationalstaats- und Volksgedankens und folglich auch der Bundesrepublik als staatliches Gebilde insgesamt zueigen.

Wolfschlag identifiziert eine dritte antifaschistische Strömung, den von ihm so genannten „Neo-Antifaschismus“, dessen Ursprün-

¹⁹Vgl. Bernd Rabehl: Die Faschismuskämpfer, der „europäische Faschismus“ und die NPD, Vortrag vor der sächsischen NPD-Landtagsfraktion vom 8.6.2005, geladen von http://www.sachsen.npd.de/npd_sa_startseiten/aktuell.html am 20.8.2005.

²⁰Vgl. für die folgenden Ausführungen: Claus-M. Wolfschlag: Das „antifaschistische“ Milieu. Graz, Stuttgart 2001.

²¹Vgl. z.B. ein Interview des linksradikalen Journalisten Jürgen Elsässer in: *Jungle World* (35/05) mit dem ehemaligen KBW-Mitglied „Joscha“ Schmierer, in welchem letzterem als typischem Vertreter orthodox-marxistischer Positionen „völkisches“ Gedankengut unterstellt wird, Artikel geladen von www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/33/05b.htm am 28.9.2005.

ge sich auf den Beginn der 80er Jahre zurückdatieren lassen. Seine neue Qualität liegt u.a. in der Breite der ihn tragenden gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen: dem alternativen Milieu, den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und Teilen der evangelischen Kirche. Auf sprachlicher Ebene werden die Traditionslinien des orthodoxen als auch des aggressiven Antifaschismus sowohl fortgeschrieben als auch variiert. Er verabschiedet sich von einer Reihe anachronistischer, orthodox-antifaschistischer Ideologeme (Klassenkampfrhetorik, historische Orientierung an der Sowjetunion), aber er übernimmt die Kommunikationstechnik der Angsterzeugung mit Hilfe eines auf die angeblich ständig präsente und ständig anwachsende „rechte“ Gefahr abstellenden Alarmismus. Im Gegensatz zu den beiden anderen Milieus bevorzugt der „Neo-Antifaschismus“ bei seiner Feindbestimmung eher den terminologischen Komplex von „Rechtsextremismus“, „Antisemitismus“, „Fremdenfeindlichkeit“ gegenüber den Schlagworten „(Neo-)Nazismus“ bzw. „(Neo-)Faschismus“. Diese sich aus demokratiethoretischen Wurzeln speisende Begriffsentscheidung verweist eigentlich auf eine symmetrische Struktur und kennt dementsprechend auch das Phänomen eines Linksextremismus.²² Dieser Zweitwert der Extremismusunterscheidung bleibt aber im „neo-antifaschistischen“ Diskurs weitgehend unterbelichtet und wird höchstens in Bezug auf die Gewaltfra-

ge negativ besetzt, da Gewalt als Konfliktregulierungsform von „neo-antifaschistischen“ Akteuren in der Regel abgelehnt wird. Man teilt aber mit dem aggressiven Antifaschismus zum Beispiel die „antirassistische“ Orientierung, verbunden mit einer Ablehnung ethnisch homogener Nationalstaaten. Als funktionale Äquivalente zur gewalttätigen Bekämpfung des „Rechtsextremismus“ setzt der „Neo-Antifaschismus“ auf eine breite Palette aktivistischer Kommunikationsstrategien (Demonstrationen, Lichterketten, Straßenfeste etc.) sowie auf die Pädagogisierung des Antifaschismus (oder sollte man besser sagen: „Antifaschisierung“ der Pädagogik?) im Sinne „interkultureller“ bzw. „multikultureller“ Erziehung und einer sühnezentrierten Geschichtspädagogik.

Man kann das Entstehen dieses „neo-antifaschistischen Milieus“ aufgrund der Vielzahl seiner Träger sowie ihrer Positionierung in der „Mitte der Gesellschaft“ (was wohl weniger als eine Metapher des politischen Ortes denn des gesellschaftlichen Einflusses gelesen werden muß) bereits als Indiz für eine zunehmende „Antifaschisierung“ von Politik und Öffentlichkeit lesen. Mit dem rot-grünen Regierungsantritt kamen hauptsächlich politische Akteure, die in diesem Milieu sozialisiert wurden – teilweise aber auch biographische Überschneidungen mit dem „aggressiven Antifaschismus“ (Fischer, Trittin) aufweisen – in die Regierungsverantwortung. Wenn Fischer, für den einst „deutsche Helden, tollwütigen Hunden gleich, einfach tot[ge]schlagen“ gehörten²³ und der das Selbstverständnis der Bundesrepublik nur negativ als Antwort auf Auschwitz zu deuten vermag, heute sein positives Verhältnis zu Deutschland artikuliert,²⁴

bestätigt sich der Verdacht einer erfolgten „Rot-Verschiebung“ im politischen Koordinatensystem der Bundesrepublik.

Beispiele der Zusammenarbeit zwischen demokratischen und linksextremistischen Akteuren im sächsischen Raum

Auch der Freistaat Sachsen ist von den beschriebenen aktuellen politischen Entwicklungen betroffen, und so beteiligt man sich aufgrund einer Beschlußfassung in der eingangs erwähnten Landtagsitzung vom 18.4.2005 verstärkt finanziell am *Kampf gegen Rechts*. Für die Jahre 2005 und 2006 sind jeweils zwei Millionen Euro zur Finanzierung des Programms *Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz* vorgesehen, die vor allem in „demokratische Bildungsarbeit“ investiert werden sollen.²⁵ Neben einigen sicherlich sinnvollen Projekten wie *arche nova e.V.*²⁶ (gefördert mit 7.500 Euro im Jahre 2005) kommen auch Vereine und Projekte in den Subventionsgenuß, die nachweislich mit Elementen des organisierten Linksextremismus zusammenarbeiten. Eine Kooperation kann dabei sowohl auf personeller als auch auf organisatorischer Ebene stattfinden. In ersterem Fall ist vor allem an interpersonelle Beziehungsgeflechte bzw. „Netzwerke“ zu denken, bei denen die Akteure sowohl in demokratischen bzw. „neo-antifaschistischen“ als auch orthodox bzw. aggressiv anti-

²²„Deutschland ist, insgesamt gesehen, ein wunderbares Land. Daß einer mit meiner Geschichte so etwas heute sagt, erzählt doch einiges.“, s. Joschka Fischer: „Ich war einer der letzten Rock'n'Roller der deutschen Politik“, Interview mit der „tageszeitung“ vom 23.9.2005.

²³http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra_startseiten/presse.html, geladen am 12.8.2005.

²⁴Der Verein organisiert vor allem Hilfsprojekte für Krisengebiete der Dritten Welt oder Bildungsangebote mit dem Schwerpunkt Globalisierungsauswirkungen/Entwicklungshilfe; s. <http://www.arche-nova.org/vrsmysql/seiten/seite.php?layout=info&inhalt=aktubyid&id=49>, geladen am 15.11.2005.

²⁵Vgl. im folgenden: <http://amal-sachsen.de/seite.php?seite=9>, geladen am 1.9.2005.



Leipzig am 03.10.2004: Antifaschisten zünden Barrikaden an

faschistischen Umfeldern agieren; bei letzterem geht es in sachlicher und sozialer Hinsicht neben der finanziellen Unterstützung um die Bereitstellung von Infrastruktur (Räumlichkeiten, technische Ausstattungen etc.), die Ermöglichung von Selbstdarstellungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum sowie juristischen Beistand.

Dies sei im folgenden an einigen Beispielen verdeutlicht:

■ AMAL Sachsen, Hilfe für Betroffene rechter Gewalt e.V.²⁷ (Fördersumme 36.324 Euro für das Jahr 2005)

Laut Selbstdarstellung dieses Vereins handelt es sich um

„... ein Projekt, dessen Schwerpunkt in der Beratung und Unterstützung von Menschen liegt, die von rechtsextrem, rassistisch oder antisemitisch motivierten Angriffen betroffen sind.“

²²Deshalb lehnen Vertreter der beiden anderen antifaschistischen Strömungen den Begriff „Rechtsextremismus“ mit dem Verweis auf die potentielle „Gleichsetzungsgefahr“ ab.

²³So seine berühmt-berichtigte Auslassung in einer Ausgabe des Sponti-Magazins *PflasterStrand* aus dem Jahre 1982.

Das hochgesteckte Vereinsziel besteht in der „Schaffung und Ausgestaltung einer demokratischen Gesellschaft, die auf der Grundlage eines humanistischen Weltbildes, der Partizipation aller Menschen an gesellschaftlichen Prozessen, umfassender sozialer Gerechtigkeit und der Garantie von Freiheitsrechten“ [errichtet werden soll].

Parallel zu diesen harmlos klingenden Ausführungen arbeitet die Internetpräsentation von AMAL mit dem klassischen linksradikalen Bild einer diskriminierenden und ausgrenzenden „Mehrheitsgesellschaft“. Der „antifaschistische“ Charakter der diesen Ausführungen zugrundeliegenden Denkweise zeigt sich beispielsweise in der gleichsinnigen Kategorisierung von sowohl Angehörigen einer radikalen Jugendsubkultur als auch staatlichen Funktionsträgern als „rassistischen Tätern“, wie folgendes Zitat belegen soll:

„Die Mechanismen von Diskriminierung, Ausgrenzung und Einschüchterung Andersaussehender bzw. Andersdenkender schaffen dabei ein Klima, in dem letztlich die Angriffe auf ‚die Anderen‘ möglich werden.

Die Täter, ganz gleich ob in Skinheadoutfit oder Behördenaufzug [sic!], handeln oft in der Überzeugung, dass ihr Tun in weiten Teilen der Bevölkerung

schweigende oder offene Zustimmung findet.“

Den Stallgeruch von Blockwartmentalität verbreitet in diesem Zusammenhang die Einrichtung einer eigenen Internetmeldestelle für „rechte Vorkommnisse“ namens *Licht ins Dunkel*.

Neben der finanziellen Unterstützung wird der zwielfichtige Verein auch durch Einbindung in Veranstaltungen, bei denen u. a. Vertreter des Landesamtes für Verfassungsschutz als Co-Referenten auftreten,²⁸ politisch salonfähig gemacht.

Interessant sind auch die Verweisstrukturen (Links),²⁹ in die AMAL eingebunden ist. So findet sich auf dessen Internetseite eine Verknüpfung zum *Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.* (apabiz), der fest in linksextremistische Strukturen eingebunden ist.³⁰ Aber auch auf AMAL wird positiv verwiesen, z.B. von der Internetseite der im Raum Sächsische Schweiz zu verortenden linksextremistischen, inzwischen nach eigenen Angaben³¹ aufgelösten *Antifaschistischen Aktion 13*. Von dieser Seite führt auch der Weg zu einer Initiative *Schöner leben ohne Naziläden*.³² Der Sprecher dieser Gruppierung ist Peter Sonthofen, ein Pseudonym für Thomas Hanich, der in beratender Funktion für AMAL tätig ist. Auf das Konto jener Initiative gehen gewalttätige Demonstrationen wie jene vom 27.11.2004 in der sächsischen Kleinstadt Pirna, in deren Folge es zu schweren Ausschreitungen der heimkehrenden Demonstranten in der Dresdner Innenstadt und in Leipzig kam. Die Antifaschisten

²⁸Siehe die Meldung „Unzufrieden mit Polizei und Stadtverwaltung“ auf www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=543182 vom 11.11.2003, geladen am 13.11.2005.

²⁹Natürlich ist im formal-rechtlichen Sinne ein Seitenbetreiber, welcher einen Verweis auf seiner Seite ausbringt, nicht für die Inhalte der „verlinkten“ Seiten verantwortlich. Trotzdem ist von einer positiven Einstellung des Verweisenden gegenüber diesen Inhalten und somit einer Affinität in der politischen Zielstellung auszugehen.

³⁰Vgl. Institut für Staatspolitik: „Erosion der Mitte. Die Verflechtung von demokratischer und radikaler Linker im ‚Kampf gegen Rechts‘ am Beispiel der Amadeo-Antonio-Stiftung“. Schnellroda 2004, S. 23f.

³¹<http://afa13.antifa.net/Article101.html>, geladen am 9.11.2005.

³²http://afa13.antifa.net/Web_Links-index-req-viewlink-cid-4.html, geladen am 9.11.2005.

plünderten und verwüsteten Geschäfte und prügeln auf Polizisten und Passanten ein.³³ Als Anmelderin dieser Aktion trat die PDS-Landtagsabgeordnete und „Sprecherin für antifaschistische Politik“ Kerstin Köditz auf.³⁴ Außerdem veranstaltete diese Initiative Anfang Juni 2005 eine sogenannte „Kaffeefahrt“ autonomer Gruppen in den Großraum Westsachsen, wo in diversen Städten (Annaberg, Mylau, Aue, Johannegeorgenstadt) Geschäfte bzw. Treffpunkte national orientierter junger Sachsen, aber auch ein *Fan-Shop* der Volksmusikkapelle *Randfichten* angegriffen wurde. Die Aktionen müssen von langer Hand geplant gewesen sein, wie etwa mitgebrachte Baumaterialien, mit denen Eingänge vermauert wurden, belegen. Die Einwohner der Gemeinden wurden mit teils beleidigenden Flugblättern über den Hintergrund der Aktionen „aufgeklärt“. So heißt es etwa in dem für Johannegeorgenstadt bestimmten Flugblatt zur Aktion gegen den *Randfichten-Fanshop* bezüglich eines die Großvätergeneration thematisierenden Textes dieser Gruppe:

„Den Tod deutscher Soldaten und einer sogenannten Zivilbevölkerung im 2. Weltkrieg als normales Kriegsschicksal zu beweinen, leugnet die explizite Schuld derer, die mit ihrer ideologi-

schen Stütze Deutschland den Holocaust betrieben. (...) Darauf könnten Sie sich, steckten Sie den Kopf aus dem KLISS-Schwammerl-heile-Welt-Topf vom toten Opa, nicht mehr allzuviel einbilden.

Den Eintopf verlassen wir jetzt und singen unsern Lieblingshit:

Auf nimmer Wiedersehen, Heimat, du alte Scheisse!!!“ (Fehler i.O.)³⁵

Im Zuge dieser euphemistisch als „Kaffeefahrt“ umschriebenen Politrandale kam es zu diversen Rechtsverstößen wie Sachbeschädigungen³⁶ an den entsprechenden Lokalitäten, Beleidigungen, Verstößen gegen das Versammlungsgesetz (vor allem gegen das Vermummungsverbot).³⁷ Die Landtagsfraktion der NPD hat aus diesem Grunde Strafanzeige gegen die Initiative *Schöner leben ohne Naziläden* wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gestellt.

Es stellt sich nach allem Gesagten die Frage, welcher Art Beratung durch einen derart in kriminelle Machenschaften verstrickten Zeitgenossen eine sich „am humanistischen Menschenbild“ orientierende Institution bedarf.

³³Der ebenfalls an der Demonstration teilnehmende Volkmar Wölk, sowohl persönlicher Referent der PDS-Abgeordneten Köditz als auch Mitglied der orthodox-antifaschistischen VVN-BdA bemerkte in diesem Zusammenhang süffisant: „Es marschieren nicht nur Chorknaben mit.“; vgl. auch <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=728414>, geladen am 29.11.2004 und <http://www.dnn-online.de/dnn-heute/50077.html>, geladen am 30.11.2004.

³⁴Als Erfolg feierten die linksextremen die Krawalle z.B. im einschlägigen Internetportal Indymedia: <http://de.indymedia.org/2004/11/100245.shtml>, geladen am 7.11.2005. Die studierte Philosophin Köditz zeigt auch anderweitig keine Scheu vor dem Kontakt mit der linksextremen Szene. So referierte sie z.B. am 5.11.2005 bei einer Veranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus/Antirassismus (LAG) Thüringen, einer von *Civitas* geförderten Institution, welche als Scharnier zwischen der etablierten und der extremen Linken in Thüringen gelten kann (vgl. „Erosion der Mitte“, a.a.O., S. 25f.; zur linksextremistischen Vita des LAG-Vorsitzenden und ehemaligen Vorsitzenden der thüringischen Landesorganisation der Gewerkschaft HBV, Angelo Lucifero, s.a. Manuel Ochsenreiter: „Seid umschlungen, Millionen“, in: „Junge Freiheit“, 19/04).

³⁵S. <http://venceremos.antifa.net/antifaaktion/Kaffeefahrt040605.htm>, geladen am 13.11.2005.

³⁶Nach Angaben der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ beläuft sich die Schadenssumme auf ca. 6000 €; s. Ekkehard Schultze: Antifa auf Kaffeefahrt, in: „Junge Freiheit“ 28/05 vom 8.7.2005.

³⁷Der mehrfach angeforderte Polizeischutz wurde von den zuständigen Beamten mit Hinweis auf „Anweisung von oben“ abgelehnt. Die genaue Stelle in der Hierarchie, von der diese Anordnung ausging, ist bisher nicht ermittelt. Es scheint jedoch unwahrscheinlich, daß lokale Führungskräfte selbst die Verantwortung für einen derartigen Befehl, der die Tatbestände der Strafvereitelung im Amt und der unterlassenen Hilfeleistung erfüllt, ohne Rückendeckung von Vorgesetzten übernehmen würden.

■ Verein zur Förderung alternativer Jugendarbeit e. V., Riesa (Fördersumme 11.500 Euro im Jahre 2005)

Der 1994 gegründete Verein, der eine seiner ersten Großveranstaltungen in Anlehnung an die berühmt-berüchtigten Hannoveraner „Chaostage“ nannte, fungiert als Netzwerkstelle des Civitas-Programms. Zu seinen weiteren Förderern gehören das Bundesfamilienministerium sowie die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung.

„Eines unserer Wege und Ziele ist die Schaffung eines Treffpunktes, an dem sich über und mit Themen wie: Rassismus, Gewalt, Ökologie, Menschenrechte, Antifaschismus u.v.m. auseinandergesetzt werden kann. (...) Ein wichtiger Grundsatz bei dieser Arbeit ist, die Jugendlichen nicht mit Vorgefassten, allgemeinen Meinungen zu konfrontieren, sondern sie zum eigenen Nachdenken anzuregen.“ (Fehler im Original)³⁸

Schaut man sich das Veranstaltungsangebot des Vereins an, stellen sich Zweifel an dieser Darstellung ein. Mit Veranstaltungen wie regelmäßigen „Antirassistischen Aktionswochen“, zeitgeschichtlichen Vorträgen von Autoren wie Kurt Pätzold, einem in linksextremen Kreisen gern herumgereichten DDR-Historiker³⁹ und Musikfestivals mit Titeln wie *Grind the Nazi Scum* (zu deutsch

etwa: „Zermalmt den Nazi-Ab-schaum“, gleichzeitig Anspielung auf die auf diesem Festival gebotenen „Musik“ – *Punk und Grindcore*⁴⁰), scheinen das Reflexionsvermögen der Klientel wohl eher auf die trostlose Polarität linksextremer Weltsicht einzuwirken zu wollen. Der Schutz der Jugendlichen vor „Vorgefaßtheit“ von Informationen scheint sich nicht auf den Meinungsbildungsprozess schlechthin, sondern exklusiv auf die vom Verein abgelehnten politischen Ideen und Standpunkte („Rassismus“, „Rechtsextremismus“ etc.) zu beziehen. Ob die Klientel des Vereins auch bezüglich dieser nur scheinbaren, quasi halbieren Offenheit der Betreiber zum „Nachdenken angeregt“ wird, darf in Zweifel gezogen werden.

In den Verweisen der Netzseite tauchen wieder einschlägige Akteure aus dem aggressiv-antifaschistischen Bereich auf.

So sind die sich selbst als linksradikal bezeichnende Gruppe *Left Action* (Linke Aktion) aus Leipzig und die linksextremen Internetportale *NADIR* und *Indymedia* genauso ausgewiesen wie das Dresdner Antifa-Magazin *Venceremos*. Dieses Internetportal polemisiert z.Z. pikanterweise unter dem Titel *Zivilcourage goes Anti-Antifa*⁴¹ gegen die ebenfalls vom Landesprogramm und Civitas geförderte *Aktion Zivilcourage Pirna*. Hintergrund ist deren Anzeige gegen einen Randalierer aus dem autonomen Spektrum, der auf einer Veranstaltung dieser Gruppierung eine Bierflasche als Wurfgeschoss gegen rechtsorientierte Jugendliche zweckentfremdete. Der *Venceremos*-Artikel solidarisiert sich mit dem Randalierer und verlangt von den antifa-

schistischen Mitstreitern die Entscheidung ab,

„(o) b sie mit der, der Totalitarismus Theorie anheim gefallenen Demokraten, wie der AZP zusammen arbeiten wollen oder sich für eine antifaschistische und solidarische Idee einsetzen wir“ (grammatikalische/orthographische Fehler i.O.)

Dieses Zitat belegt durch die verwendete wertgeladene Unterscheidung Demokrat/Antifaschist einmal mehr die eindeutig antidemokratische politische Selbstverortung der Dresdner Antifa-Szene.

Ein weiterer durch das Programm *Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz* geförderter Verein ist

■ Treibhaus e.V., Döbeln (Fördersumme 20.360 Euro für 2005)

„Ziel war die Entstehung einer soziokulturellen Veranstaltungs- und Begegnungsstätte in der kein Platz ist für Gewalt, Rassismus, Diskriminierung, Antisemitismus und Sexismus. (...) Die Förderung von Bildung, Kunst und Kultur ist dabei ebenso Schwerpunkt wie das Einsetzen für ein demokratisches, antirassistisches (Handlungs-) Bewusstsein. (...)“⁴²

Soweit die Selbstdarstellung des Vereins. Ob in der vereinseigenen Lokalität Gewalt tatsächlich „keinen Platz“ hat, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Auf der Internetseite von *Treibhaus e.V.* befindet sich jedoch unter anderem der Verweis auf die Internetpräsenz des *Autonomen Jugendzentrums (AJZ) Leisnig*, eine Seite, deren Aufmachung eine eindeutig

antifaschistisch-gewaltbereite Positionierung dieser Gruppe erkennen läßt. So ist neben dem Banner der linksradikalen *Antifaschistischen Aktion* ein der Hardcore-Musikszene zuzurechnendes Logo *Good Night White Pride* abgebildet, das eine stilisierte Kampfszene zwischen zwei Figuren darstellt, wobei die eine, bereits am Boden liegende, von der anderen mit ausgestrecktem Bein attackiert wird.

Es liegt überdies die Vermutung nahe, daß der gewalttätige Überfall von ca. 60 „Autonomen“ auf eine Veranstaltung der Jungen Nationaldemokraten am 29.10.2005 in Leisnig dieser Einrichtung zumindest mit zugerechnet werden kann.⁴³

Zweifel an der demokratischen Honorigkeit von *Treibhaus e.V.* entstehen auch bei der Lektüre der Gästebucheinträge (das als eine Art Internetforum fungiert) auf der vereinseigenen Internetpräsenz. So kann dort der erstaunte Leser erfahren, daß ein gewisser „Bert“, den man aufgrund von Quantität und Qualität seiner Beiträge durchaus als „Wortführer“ dieses Forums bezeichnen kann, für eine Auslöschung nicht nur Deutschlands, sondern aller politischen Kollektivgebilde außer Israel eintritt:

„Antinazi ist wichtig – keine Frage. Aber ausschliesslich etwas kurzfristig und unproduktiv, da Kapitalismus und andere ausbeuterische Systeme nazifördernd sind: sie fordern und fördern Klassendenken, Leistungsbereitschaft, Unterdrückung und Aus-

³⁸Für das Folgende siehe <http://cwhaus.no-ip.info/cwh/index.html>, geladen am 17.11.2005.

³⁹Pätzold war von 1973 bis 1992 Inhaber des Lehrstuhls für deutsche Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; Thema seines Vortrages vom 23.11.2005: „Nürnberger Prozeß: Recht und keine Rache“.

⁴⁰Eine Variante der Heavy-Metal-Musik, dessen ästhetische Anmutung einem Amalgam von Tonaufnahmen aus dem landwirtschaftlichen Produktionssektor der Viehzucht und den Geräuschpollutionen der Schwerindustrie gleicht.

⁴¹Vgl. <http://venceremos.antifa.net/regional/pirna/AktionZivilcourage.htm>, geladen am 13.11.2005.

⁴²So zu lesen auf http://www.tolerantes-sachsen.de/initiativen_einzeln.php4?ID=29, geladen am 13.11.2005.

⁴³Diese Einschätzung teilt auch die Polizei, s. nur den Artikel „Schlägerei bei NPD-Treffen in Klosterbuch“ von Heiko Stets in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 1.11.2005; zur Selbstdarstellung des Vorgangs durch die linksradikale Szene s.a. <http://germany.indymedia.org/2005/10/1311419.shtml>, geladen am 8.11.2005.

beutung in nicht unerheblichem Maße. (...) Somit sind die Wurzeln des Nazitums in fast allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systemen zu finden. (...) Daher gilt der Einsatz allen Nationen, Staaten, Völkern und sonstigen dämlichen Gebilden – mit der Ausnahme Israels.“⁴⁴

Seine Einstellung zur Gewaltanwendung formuliert „Bert“ wie folgt:

„Prinzipiell ist gegen Randalen und antistaatlichen Aktivitäten nichts einzuwenden. Doch der Grund ist nicht ganz unwichtig. Sonst fiel unter den obigen Toleranzrahmen auch Nazi-Randale oder Hooligan-Stress von den Dynamo Dresden Spacken.“⁴⁵ (Fehler im Original)

Neben diesen teils mit Bundes-, teils mit Landesmitteln geförderten Organisationen mit Vereinscharakter kann das antifaschistische Milieu auch auf Unterstützung aus den Reihen anderer Institutionen zurückgreifen. Hier sind vor allem die politischen Parteien und Gewerkschaften, zum anderen die Massenmedien⁴⁶ zu nennen. Auf parteipolitischer Ebene übernehmen in erster Linie die PDS und Bündnis 90/Die Grünen eine „Scharnierfunktion“ zwi-

schen den etablierten, „neo-antifaschistischen“ Kräften und dem aggressiven antifaschistischen Spektrum.

Die PDS ist aufgrund bestimmter Strömungen innerhalb der Partei (Stichwort: *Kommunistische Plattform*) selbst Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes.⁴⁷ Auch ihr Jugendverband hält mit plakativen Aussagen, die das Verhältnis zur bundesrepublikanischen Werteordnung wiedergeben, nicht hinter dem Berg. So stand der Landesjugendtag der Sachsen-PDS unter dem Motto *Ich scheiß auf deutsche ... Texte/Zustände/Ideologie*.⁴⁸ Dies mag ein ehrliches Bekenntnis sein, man fragt sich jedoch, warum eine Partei, die ihren organisationseigenen Nachwuchs in einem derart neurotischen Verhältnis zu ihrem Heimatland heranreifen läßt, überhaupt deutsche Politik mitgestalten möchte. Man denke ferner an die im Bundestagswahlkampf entfachte Debatte zur Legalisierung harter Drogen unter dem Motto „Recht auf Rausch für alle“.⁴⁹

Die PDS-Landtagsabgeordnete Julia Bonk machte neben ihrer infantil-fahrlässigen Haltung in Sachen Drogenkonsum auch keinen Hehl aus ihren Sympathien für aggressive Antifaschisten, denen sie beispielsweise anlässlich der Aktionen im Zusammenhang mit dem 13. Februar 2005 bescheinigte, „eine Bereicherung der Diskussion“ darzustellen. Sie sei „froh über jeden, der gegen die Nazis demonstriert, natürlich auch über die Antifa“.⁵⁰ Mit harmloser, ziviler Sprache wird hier ein Weltbild ver-

schleiert bzw. hoffähig gemacht, das durch Parolen wie „No tears for Krauts“, „Bomber-Harris – do it again“ oder demonstratives Sekttrinken auf die „erfolgreiche“ Zerstörung Dresdens repräsentiert wird und an Zynismus und Menschenverachtung kaum noch zu überbieten ist.

Andere Mandatsträger der PDS sind in gewalttätige Demonstrationen involviert oder agieren als Anmelder dieser Veranstaltungen. So war etwa die PDS-Landtagsabgeordnete Freya-Maria Klinger⁵¹ zusammen mit ihrem grünen Kollegen Johannes Lichdi⁵² Teilnehmern der oben erwähnten sogenannten „Kaffeefahrt“.

Auch die Aktivitäten des familienpolitischen Sprechers der PDS, Falk Neubert, zeichnen sich durch synergetische Effekte mit sächsischen Linksextremisten aus,⁵³ daß er in einem linksradikalen Forum auch als „(s)eit Jahren zuverlässiger Ansprechpartner“ gefeiert wird.⁵⁴ Gleiches gilt für den ehemaligen „Sprecher für antifaschistische Arbeit“ der PDS-Landtagsfraktion, Uwe Adamczyk, der auch als Herausgeber der linksradikalen „Antifa-Blätt“ in Erscheinung tritt.⁵⁵

Im Umfeld von Bündnis 90/Die Grünen, also dem klassischen parteipoliti-

schen Hort des „Neo-Antifaschismus“, kommt es nicht nur im Zusammenhang mit der Personalie Johannes Lichdi zu Zusammenarbeit mit den aggressiven Antifaschisten. So unterstützen sowohl die *Grüne Jugend Sachsen* als auch die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Monika Lazar, offen die Initiative *Der NPD den Boden entziehen*.⁵⁶ Die Träger dieser Initiative sind vornehmlich als links-extremistisch eingestufte⁵⁷ Gruppierungen wie *S.A.R.G. Dresden*, das *Antifa-Recherche-Team (ART)* oder die *Antifa-Hochschulgruppe Dresden*. Letztgenannte Gruppierung machte im Dezember 2004 von sich reden, als der gewiß nicht „rechtsextremen“ oder gar „neonazistischen“ Kreisen zuzurechnende ehemalige General der KSK-Einsatzkräfte, Reinhard Günzel, einen Vortrag vor einer Dresdner Burschenschaft zu halten beabsichtigte. Im Zuge der von der *Antifa-Hochschulgruppe* initiierten Stördemonstrationen kam es zu massiven tätlichen Angriffen auf Günzel sowie die ihn begleitenden Burschenschaftern, in deren Folge der General Rip-

⁴⁴Die 22-jährige „jugend- und berufsausbildungspolitische Sprecherin“ hat ihr Wahlkreisbüro in den Räumlichkeiten des Chemnitzer *Rothaus* e.V., einem maßgeblich von lokalen PDS-Funktionären ins Leben gerufenen Verein. Ein diesem Objekt gewidmeter Bericht aus dem PDS-Zentralorgan *Neues Deutschland* verdeutlicht (wohl eher unfreiwillig) das eigenwillige Demokratie- und Humanitätsverständnis der Partei und ihres politischen Umfeldes. Während in dem Artikel die genannte Lokalität öffentlichkeitswirksam als ein „Zuhause für linke, solidarische Ideen mit menschlicher Wärme“ beschrieben wird, berichtet der Autor gleichzeitig (und anscheinend ohne hier eine Dissonanz wahrzunehmen) über den Verkauf von T-Hemden mit Aufdrucken wie „Stalingrad 43“ durch das vereinseigene Bekleidungs-geschäft – ein Zynismus, welcher wohl nicht nur aus der Sicht des deutschen Landlers kaum noch zu überbieten sein dürfte; s. Hendrik Lasch: „Guter Rat im Rothaus“ in: *Neues Deutschland* vom 27.5.2005.

⁴⁵Der aus Heilbronn stammende Landtagsabgeordnete und Dresdner Stadtrat ist in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt ebenfalls für das *Netzwerk Tolerantes Sachsen* beratend tätig; s. http://www.tolerantes-sachsen.de/wissen_beratung_einzel.php?ID=15, geladen am 17.11.2005.

⁴⁶Das belegt zum Beispiel der Umstand, daß Neubert als Anmelder der Internetseiten <http://www.thor-ist-weg.de> bzw. www.thorussweg.de fungierte. Diese Initiative gründete sich, um die (inzwischen durchgesetzte) Schließung des nationalen Dresdner Jugendtreffs „Thor“ zu erreichen. Ein Blick auf die Unterstützerliste (ebd.) zeigt das übliche Miteinander von als demokratisch geltenden Organisationen (z.B. *PDS-Jugend Sachsen*, *Grüne Jugend Sachsen*) und extremistischen Antifa-Gruppierungen (*Antifa-Recherche-Team*, *afa 13* u.a.).

⁴⁷S. den Beitrag von „Lieber ein Abszeß am After“ vom 28.10.2005 um 19.09 Uhr im *Offenen Roten Forum* auf <http://www.daslinkforum.de/forum.php?fnr=1302&grp=100047394>, geladen am 17.11.2005.

⁴⁸Vgl. http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/r/s_uploads/pdfs/ADS/Kleine_PDS-Zeitungen.pdf, geladen am 6.1.2006; dieser inzwischen aus der Fraktion ausgeschiedene Abgeordnete unterstützte auch den Aufruf zu einer vom Verfassungsschutz als „linksextremistisch“ eingestufteten Demonstration aggressiv-antifaschistischer Kräfte unter dem Motto „Kein schöner Land – linke Strukturen stärken!“, die im Juni 2004 in Pirna, stattfand, s. <http://www.sachsen.de/de/bf/verwaltung/verfassungsschutz/berichte/downloads/Chronik%202004.pdf>, geladen am 6.1.2006.

⁴⁹S. erneut http://venceremos.antifa.net/antifaaktion/npd_immo/, geladen am 14.11.2005.

⁴⁴<http://www.treibhaus-doebeln.de/main.htm>, Eintrag von „Bert“ vom 28.10.2005, 14.44 Uhr, geladen am 13.12.2005.

⁴⁵Eintrag von „Bert“ vom 7.11.2005, 11.54 Uhr.

⁴⁶Die Rolle der Massenmedien speziell in Sachsen soll hier nicht eingehender analysiert werden. Es müssen die allgemeinen Hinweise auf die tendenziöse Berichterstattung gegenüber der NPD sowie allen als „rechts“ angesehenen Personen, Gruppen und Organisationen reichen. Die konzertierte mediale Darstellung dieses Teils des politischen Spektrums ist eine rein negative. Sie wird umgesetzt durch Kommunikationstechniken wie De-Humanisierung (so, wenn stets Menschen gegen „Neonazis“ stehen, wobei die einen demonstrieren oder protestieren, die anderen marschieren), Psychiatrisierung (z.B. der Topos des autistischen „Unbelehrbaren“) und Kriminalisierung oder – wie das juristische Tauziehen um das Selbstdarstellungsrecht der NPD im öffentlich-rechtlichen Fernsehen anlässlich des Bundestagswahlkampfes belegt – durch Nicht-Erwähnung und Kommunikationssperre.

⁴⁷S. z.B. <http://www.sachsen.de/de/bf/verwaltung/verfassungsschutz/extremismus/organisationen/links/index.html>, geladen am 17.11.2005.

⁴⁸Vgl. www.pds-jugend-sachsen.de/landesjugentag01-05.thm, geladen am 14.1.2005.

⁴⁹Vgl. z.B. die entsprechenden Ausführungen auf der Heimseite der PDS-Jugendverbandes <http://www.junge-linke-sachsen.de/>.

⁵⁰So gegenüber *FOCUS online* am 12.2.2005, zitiert nach <http://www.barbara-laessig.de/bonk-presse.htm>, geladen am 11.11.2005.

penprellungen und eine Platzwunde im Schläfenbereich erlitt sowie seine Brille einbüßt.⁵⁸

Auch in den großen „Volksparteien“ wird die derzeit um sich greifende antifaschistische „Pogrom-Stimmung“ (Holger Apfel) begünstigt. Die SPD glaubt ihre sachliche und argumentative Überlegenheit gegenüber der nur plumpe Parolen reproduzierenden „ekelhaften Intelligenz“ (Cornelius Weiss) der nationaldemokratischen Volksvertreter unter Beweis stellen zu können, indem sie „Richtlinien“ entwickelt, die nicht nur parteiintern, sondern auch mit Blick auf die Medien den Umgang mit der NPD reglementieren und kanonisieren sollen.⁵⁹ Ziel dieser Richtlinien ist nicht etwa, was für eine engagierte Diskussionskultur zu erwarten wäre, die Auseinandersetzung mit Vertretern der NPD oder anderen als „rechtsextremistisch“ geltenden Akteuren, sondern der rigorose Ausschluß der vermeintlichen „Rechtsextremen“ aus dem öffentlichen Diskurs und das ausschließliche Kommunizieren über dieses politische Spektrum:

„Die Abgrenzung demokratischer Politikerinnen gegen rechtsextremes Gedankengut muß klar und eindeutig sein. Gemeinsame Auftritte mit Vertretern der NPD oder DVU auf Veranstaltungen und Podien nutzen in der politischen Auseinandersetzung nicht. Es darf auch kei-



Antifaschismus: Scherbenhaufen der „Gutmenschen“

nerlei Beiträge oder Interviews für extrem rechte Zeitschriften geben.“⁶⁰

Und an die Adresse der Massenmedien gerichtet:

„Die Pressefreiheit ist ein grundgesetzlich verbrieftes Recht. Rechtsextreme gehören aber grundsätzlich nicht in Talkshows oder Gesprächsrunden in Funk und Fernsehen. In den Printmedien haben Interviews mit Rechtsextremen nichts verloren. Medien müssen über Rechtsextreme berichten. Sie sollten ihnen aber kein Forum bieten, weil diese damit aufgewertet werden.“⁶¹

Hier wird deutlich, daß der Verweis auf das Grundgesetz nur noch aus formellen, man ist geneigt zu sagen: kosmetischen, Gründen Erwähnung findet; der Inhalt der folgenden Sätze indes stellt seiner Absicht nach eine krasse Konterkarierung des Grundsatzes der Pressefreiheit und den Versuch direkter politisch motivierter Einflußnah-

⁵⁷S.a. die Antwort der Sächsischen Staatskanzlei auf eine Kleine Anfrage des NPD-Landtagsabgeordneten Uwe Leichsenring zum Thema „Linksextremismus“ (Drucksache 4/1101) vom 27.4.2005.

⁵⁸Vgl. Marcus Schmidt: „Angriff auf General Günzel“, in: „Junge Freiheit“ 52-53/04 vom 17./24.12.2004. Die Antifa-Hochschulgruppe Dresden feierte in einer Presseerklärung diese Ausschreitungen als „gelungenen antifaschistischen Studentenprotest“, s. <http://venceremos.antifa.net/antifaaktion/guenzel091204.htm>, geladen am 9.11.2005.

⁵⁹Vgl. das Aktionsprogramm des SPD-Parteivorstandes *Für eine starke Demokratie – Wirksam Handeln gegen Rechts* vom März 2005, nachzulesen unter http://partei.spd.de/servlet/PB/show/1047264/290305_WBHM-Wirksam-handeln-gegen-rechts.pdf, geladen am 18.11.2005.

⁶⁰Ebd., S. 11.

⁶¹Ebd., S. 12.

me auf die Autonomie der Massenmedien dar.⁶²

Auf sächsischem Parlamentsparkett hingegen kann als unübertroffen entlarvendes Beispiel dieses arroganten und undemokratischen Politikverständnisses das Bekenntnis des sächsischen SPD-Abgeordneten und Antifaschismus-Eiferers Martin Dulig gelten, der am 21.9.2005 im Sächsischen Landtag unter Bezug auf die nationaldemokratische Parlamentsarbeit pauschal erklärte:

„Beantragen Sie in diesem Hohen Hause, was Sie wollen. Wir werden es ablehnen.“⁶³

Derartige, demokratischen Prinzipien hohnsprechende Kapriolen mögen bei der SPD unter Verweis auf ideologische Grundsätze noch erklärbar – wenn auch deswegen nicht minder unerträglich – sein. Nicht mehr nachvollziehbar ist ein solches „antifaschistisches“ Gebaren jedoch seitens der Union, wie etwa die Teilnahme des CDU-Landtagsabgeordneten Lars Rohwer an einem Arbeitstreffen des Netzwerkes *Tolerantes Sachsen*. Auf der offiziellen Einladung zu diesem Treffen werden die in der vorliegenden Studie beschriebenen Krawallaktionen der Initiative *Schöner Leben ohne Naziläden* verharmlosend als „Formen des Protests (...)“ bezeichnet, „(...) um auf die Existenz von rechtsextremen Ladengeschäften sowie die von diesen ausgehenden Gefährdungen aufmerksam zu machen.“⁶⁴ Derselbe Abgeordnete hatte noch einige Jahre zuvor erklärt:

„Im Freistaat Sachsen werden bereits seit Jahren Zentralisierungsbemühungen der linksautonomen Szene in

Dresden und Leipzig beobachtet. Nicht nur Angriffe auf Rechtsradikale, sondern auch auf Vertreter von CDU und FDP haben (...) stattgefunden. (...) Mit Hilfe eines ‚Antifa-Rechercheteams Dresden‘ sollen gezielt Informationen über den vermeintlichen und echten politischen Gegner erlangt werden. (...) Ebenfalls versuchen die Linksextremisten gezielt Nachwuchs heranzubilden, indem in Leipzig und Dresden sog. ‚Antifa-Schulnetzwerke‘ bestehen, die an Bildungseinrichtungen im Sinne der Autonomen agitieren sollen. In Dresden kam es dabei bereits zu Störaktionen, bei denen nach Ansicht der Polizei die Sicherheit der Schüler und Lehrer eines Gymnasiums teilweise nicht mehr gewährleistet war. Erschreckend an diesen Organisationsformen ist auch, daß die Dresdener PDS genau diesem ‚Schulnetzwerk‘ Räumlichkeiten und Kontaktmöglichkeiten in ihrem ‚Haus der Begegnung‘ zur Verfügung stellt.“⁶⁵

Über die Motive des Lars Rohwer, wider besseres Wissen die „antifaschistische“ Szene durch die eigene Anwesenheit „demokratisch aufzuwerten“, soll hier nicht spekuliert werden. Man kann es jedoch nur als ein Zeichen politischer Schwäche und Instinkttlosigkeit werten, wenn sich ein Unionspolitiker von Kräften, die nicht selten mit Formeln wie etwa dem angeblichen „Extremismus der Mitte“ gerade auch die eigene Partei gezielt zu diffamieren versuchen, für deren Interessen einspannen läßt.

⁶²Es verwundert nicht, daß die linksalternative „tageszeitung“ bezüglich der Verabschiedung dieses Aktionsprogramms folgert: „Die Antifa kommt in der Mitte der SPD an“, s. den gleichlautenden Artikel von Anna Lehmann vom 31.3.2005.

⁶³Die Rede ist nachzulesen im Plenarprotokoll des Sächsischen Landtages Nr. 4-27, S. 2125f.

⁶⁴Vgl. http://www.tolerantes-sachsen.de/spez_dokumente/1130341785.pdf?PHPSESSID=efd7dc4fb502b089ecaa8f6427557b2, geladen am 13.11.2005.

⁶⁵So gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Ausgabe vom 27.10.2000).

Gleiches gilt auch für den seit November 2005 amtierenden sächsischen Innenminister, Dr. Albrecht Buttolo, sowie den sächsischen Regierungspräsidenten Walter Christian Steinbach. Beide nahmen im Dezember 2005 an einer Demonstration gegen eine bereits durch die kommunalen Behörden genehmigte Gedenkstätte für die deutschen Opfer des letzten Weltkrieges in der nahe Leipzig gelegenen Kleinstadt Borna teil. Diese Demonstration war Resultat und Teil einer von der VVN-BdA entfachten Kampagne gegen das geplante Projekt sowie dessen privaten Trägerverein.⁶⁶

Auch die Gewerkschaften und ihre Jugendorganisationen lassen zeitweise eine klare Abgrenzung gegenüber linksextremistischen Einflüssen vermissen. Die gewerkschaftseigenen Jugendverbände unterstützen diverse Anti-Rechts-Projekte, so beispielsweise die Initiative *Keine NPD in Lockwitz*, die sich auf ihrer Internetseite wie folgt vorstellt:

„Wir sind ein Zusammenschluss von engagierten unorganisierten BürgerInnen, Gewerkschaften, antifaschistisch eingestellten Parteien und Organisationen. Wir sind bereit der NPD entschieden entgegen zu treten. Wir werden nicht zu lassen das sich die braune Brut, hier in Dresden, einnistet. Wir werden Solidarität zeigen und nicht dulden das Nazis ihre Hasspropa-

ganda, geprägt von Rassismus, Intoleranz, Antisemitismus und Schein-Antikapitalismus hier in Sachsen weiter verbreiten. Die Dresdner BürgerInnen müssen aufgeklärt werden. Keiner darf glauben das die Nazis eine Alternative bieten. Zeigen wir gemeinsam das Faschismus keine Lösung darstellt!“ (orthographische und grammatikalische Fehler i.O.)⁶⁷

Als Mitwirkende dieser Initiative, die in einer offiziellen Verlautbarung ihren politischen Gegner als „Brut“ beschimpft, sind neben den Jugendorganisationen des sächsischen DGB, der Gewerkschaft ver.di und der sächsischen PDS auch die dem orthodoxen bzw. aggressiven antifaschistischen Milieu und somit auch dem Linksextremismus zuzurechnenden⁶⁸ Vereinigungen *DKP Dresden* und *Jugend-Antifa Dresden* zu finden. Während vordergründig zu „friedlichen Aktionen“ gegen die NPD aufgerufen wird, wurde eine Demonstration gegen die Landesgeschäftsstelle der NPD unter dem Motto „Apfel-Zentrale einsaften“ wiederum auf diversen aggressiv-antifaschistischen Internetseiten angekündigt, so zum Beispiel im bereits erwähnten Gästebuch von *Treibhaus e.V.* mit der Aufforderung „Deutschland auf die Fresse hauen“.⁶⁹

Als weiteres prominentes Beispiel läßt sich Dr. Heidi Becherer anführen. Die Chemnitzer SPD-Stadträtin und Regionsvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes war Anmelderin der von einem Aktionsbündnis *Mut zur Demokratie* initiierten Gegendemonstration zu einer Wahlkampfkundgebung

der NPD in Chemnitz am 16.8.2005. Dabei kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, in deren Folge der Pressesprecher der NPD im Sächsischen Landtag, Holger Szymanski, eine Platzwunde in Augenhöhe erlitt, die im Krankenhaus behandelt werden mußte. Von einer offiziellen Verurteilung dieses Gewaltaktes durch Frau Dr. Becherer oder andere Verantwortliche aus dem demokratischen Spektrum ist nichts bekannt.

Schluß

Die oben angeführten Beispiele zeigen, wie porös die Grenzlinien zwischen sogenannten Demokraten und Nicht-Demokraten am linken Rand auch in Sachsen sind. Dabei wurden in dieser Studie nur allgemein zugängliche Quellen (wie Internet, Tagespresse etc.) verwendet (und nicht etwa auf polizeiinterne Ermittlungserkenntnisse o.ä. zurückgegriffen), so daß über das wahre Ausmaß der Verflechtungen hier nur spekuliert werden könnte. Weiterer Forschungsbedarf sowie die Herstellung einer möglichst breiten Öffentlichkeit der gefundenen Ergebnisse ist angesichts des beschriebenen politischen Klimas in der Bundesrepublik unerlässlich. Schon drängt die PDS in Sachsen und Thüringen mit Gesetzesinitiativen auf die Aufnahme von „antifaschistischen Klauseln“ in die jeweiligen Landesverfassungen, um ein geistiges Klima gegenüber rechten, patriotischen oder nationalen Kräften zu restaurieren und juristisch zu sanktionieren, wie es in diesen und allen anderen mitteldeutschen Gebieten bis zum Fall der Berliner Mauer vorgeherrscht hat.

Bei der heute zu beobachtenden Tendenz des „bürgerlichen“ Lagers, in Fragen politischer Korrektheit und Selbst-Anpassung an den Zeitgeist in vorseilendem Gehorsam eine konservative Position nach der anderen kampfflos zu räumen, ist dort ein entschlossener Widerstand nicht mehr zu erwarten.⁷⁰

Der NPD als oppositioneller nationaler Kraft im bundesdeutschen Parteienspektrum (neben der DVU) kommt hier die Aufgabe zu, die durch den politischen Rückzug des „bürgerlichen“ Lagers und seiner zunehmenden Hinwendung zum Antifaschismus (Stichwort: Neo-Antifaschismus) geräumten politischen Positionen zu übernehmen und eine Gegenposition zu entwickeln, die dem totalitären Charakter des Antifaschismus entgegentritt.⁷¹

Der Antifaschismus in all seinen Variationen ist die moralische Verbrämung eines Ideologieversatzstückes, die als irrationale Heilserwartung (Menschheit) in der letzten Konsequenz die Existenz des deutschen Volkes vernichten will. Der Antifaschismus ist damit auch Ausdruck eines destruktiven Impulses als Reflex auf den immer größeren Widerspruch von politischer Utopie und Wirklichkeit, dem die handelnden Personen in den etablierten Parteien und den Massenmedien in der Bundesrepublik folgen. Wieder gibt es eine neue totalitäre Versuchung, der es entgegentreten gilt.

⁶⁶Vgl. z.B. die Presseerklärung der sächsischen NPD-Fraktion vom 14.12.2005, nachzulesen auf http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra_startseiten/presse.html (geladen am 6.1.2006) oder die Berichterstattung in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 16.12.2005 (Artikel „Mit weißen Rosen gegen Neonazi-Zentrum“ auf <http://www.lvz.de/lvz-heute/13600.html>, geladen am 6.1.2006).

⁶⁷<http://www.keine-ncp-in-lockwitz.de/index3.html>, geladen am 13.11.2005.

⁶⁸S. erneut das Schreiben der Sächsischen Staatskanzlei (Drucksache 4/1101) vom 27.4.2005.

⁶⁹Eintrag von „krautrockers“ vom 8.11.2005, 15.23 Uhr unter <http://www.treibhaus-doebeln.de/main.htm>, geladen am 13.12.2005.

⁷⁰So findet sich etwa im bunten Reigen der in das antifaschistische Netzwerk der im Text vorgestellten *Vereins zur Förderung der alternativen Jugendarbeit* eingebundenen Akteure auch die Junge Union wieder.

⁷¹Hiermit ist nicht die schematische Übernahme von früheren Positionen des sog. „bürgerlichen“ Lagers gemeint. Es geht hier nur um die Feststellung, daß bestimmte Themen und Positionen aufgegeben worden sind, die in einem anderen weltanschaulichen Kontext von der nationalen Opposition neu eingeordnet werden. Diese Neubestimmung von Themen und Positionen gilt im übrigen für die nationale Opposition auch im Hinblick auf das Erbe der deutschen Arbeiterbewegung. Auch hier sind wesentliche Positionen und Traditionen von der politischen Linken aufgegeben und durch liberalistische und globalistische Anschauungen ersetzt worden.

Liste der durch das Programm „Weltoffenes Sachsen für Toleranz und Demokratie“ im Jahre 2005 geförderten Projekte

(mit jeweiliger Fördersumme)

Kulturbüro Sachsen e.V.

Mobile Beratungsteams
143.979 €

Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Sachsen

Netzwerk für Demokratie und Courage
109.883 €

LandesArbeitsGemeinschaft Mädchen und Junge Frauen in Sachsen e.V.

Mädchen und Frauen für ein tolerantes Sachsen
49.960 €

DKJS (Deutsche Kinder- und Jugendstiftung)

Schülerprojekte
45.000 €

Netzwerk für demokratische Kultur e.V., Wurzen

Koordinierungsarbeit Raum Wurzen
40.501 €

Präventionsrat

„Hinter den Kulissen – braune Parolen entlarven“
40.000 €

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

„Freiheit – Menschenwürde – Demokratie“ Vorträge und Projekte
40.000 €

AMAL – Hilfe für Betroffene rechter Gewalt e.V.

Opferberatung
36.324 €



Opfer antifaschistischer Gewalt

Politischer Jugendring Dresden e.V.

„IDEMOS – Jugendinitiative für ein demokratisches Sachsen“
35.000 €

Aktion Zivilcourage, Pirna

Netzwerkarbeit
31.237 €

Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Sachsen e.V.

„GedankenSprung! – Netzstelle“
30.000 €

Netzwerk für demokratische Kultur e.V., Wurzen

Netzwerk „Tolerantes Sachsen“
27.000 €

Bildungswerk Weiterdenken in der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Handlungsfähig gegen Rechtsextremismus und Rassismus – Multiplikatortraining
25.000 €

RAA Sachsen, Hoyerswerda

Opferberatung
21.328 €

Netzwerk Döbeln (c/o Treibhaus e.V.)

Vernetzung und Unterstützung von Antirassismusbearbeitung
20.360 €

Stadt Leipzig

Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention
20.000 €

Begegnungszentrum im Dreieck Grobhenndorf / Initiative Augen auf

Netzwerkstelle „Augen auf“
19.800 €

Netzwerk für Kultur- u. Jugendarbeit, Chemnitz

„Fit zum Mit- und Einmischen“
18.500 €

Altanträge

18.000 €

Schultheater Dresden

„So ein Theater mit der Demokratie“
17.137 €

Roter Baum e.V., Dresden

„Beteiligung fördert Verständnis“
16.000 €

Stadt Löbau

„Löbauer Initiative für Zivilcourage, gegen Extremismus und Gewalt“
15.000 €

Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG)

Mahnmal im öffentlichen Stadtraum „Denkzeichen“ Pirna mit Internetpräsentation
15.000 €

Verein zur Förderung alternativer Jugendarbeit e.V.

Netzwerkstelle zur Förderung von Projekten und Initiativen gegen Rechtsextremismus im Landkreis Riesa-Großenhain
11.500 €

NSW – Netzwerk Sachsen gegen Rechtsextremismus, Dippoldiswalde

Pilotprojekt „Schaufenster Dreiländereck“
10.000 €

Erich-Zeigner-Haus e.V., Leipzig

Projekt „Der Tisch“
10.000 €

Stadt Leipzig „Schule der Toleranz“

10.000 €

Regionales Bündnis Leipzig

„Mit Grips gegen Gewalt“
10.000 €

Stadt Löbau

„Neue Heimat – fremdes Land?“
9.000 €

Hafenstraße Meißen e.V.

„Couragierte Bilder – Die Serie“
9.000 €

Konsortium e.V. Niesky

„Netzwerk gegen Rechtsextremismus“
8.664 €

Multikulturelles Zentrum Zittau e.V.

„Erinnerung und Versöhnung“
7.800 €

arche noVa, Initiative für Menschen in Not e.V.

„eine Welt – deine Welt“
7.500 €

Jugendring Sächsische Schweiz

Projekt „Jugendland“
7.000 €

Förderverein Jugend-, Kultur- und Sozialzentrum Aue e.V.

„dynamic power – Netzwerk für Demokratie und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“
6.650 €

HELP – Zentrum für Sozial-, Bildungs- und soziokulturelle Arbeit und Gefährdetenhilfe für Jugendliche und Heranwachsende e.V.

Förderung von Demokratie und Toleranz in Aue
5.000 €

Landratsamt Freiberg

Diskussion von Jugendlichen zur historischen Auseinandersetzung mit Revanchismus und aktuellen Extremismusthemen
5.000 €

Stadtverwaltung Pirna

„Pirnaer Initiative gegen Extremismus und für Zivilcourage“
5.000 €

„Interreligiöser Dialog“

Initiative gegen Antisemitismus unter Jugendlichen
5.000 €

Die Falken, Dresden

„Demokratiewerkstatt“
4.000 €

Oberlausitz – neue Heimat e.V., Löbau

Aussiedlerprojekt
4.000 €

Jugendring Sächsische Schweiz

Politische Bildungsarbeit
3.500 €

Stadtverwaltung Weißwasser

„Weißwasser gegen Rassismus“
3.500 €

Sächsischer Landesverband für soziale Rechtspflege e.V., Bautzen

„Seminare für Multiplikatoren in der nichtstaatlichen Straffälligenhilfe“
3.000 €

Gesellschaft Bürger & Polizei e.V., Bautzen

Netzwerkstelle „Brückenbau“
3.000 €

Kraftwerk e.V., Chemnitz

„Die Welt ist bunt“
2.900 €

Arbeitskreis für Vergleichende Mythologie e.V., Leipzig

„Mythologie und Extremismus“
2.000 €

Landratsamt Weißeritzkreis, Dippoldiswalde

Schülerkongreß im Weißeritzkreis
2.000 €

Jugendtheater Döbeln e.V.

„Wende dein Gesicht der Sonne zu“
2.000 €

Förderverein Burgteichschule, Zittau

„Rhythmen gegen Extremismus“
2.000 €

Große Kreisstadt Radebeul

Interkulturelle Verständigung
1.000 €

Gerhart-Hauptmann-Gymnasium, Zwickau

„Sterilisation/Euthanasie im Amtsgericht Zwickau“
1.000 €

Interessengemeinschaft Weinbergkirche**Pillnitz e.V., Dresden**

„Weinbergreden“
1.000 €

Jugendbund Deutscher Regenbogen,**Landesverband Sachsen e.V.**

Begegnung der Theatergruppen
735 €

Summe: 997.758,00 €

Nachträglich gefördert wurden⁷²:**Landessportbund**

div. Projekte
50.000 €

Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Ausstellung zu sächsischen KZ
45.000 €

Ökumenisches Informationszentrum Dresden

Interreligiöser Dialog
20.000 €

Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal

„Mach mit. Marienthaler Aktionsprogramm für Demokratie und Toleranz“
15.000 €

Schulungsmuseum – Werkstatt für Schulgeschichte

„Anne Frank ein Mädchen aus Deutschland“
15.000 €

Förderverein Margarete Blank, Leipzig

Dokumentationen zur Geschichte der Judenverfolgung in Leipzig
13.000 €

Theaterpädagogisches Zentrum, Dresden

Schultheaterarbeit
10.000 €

KIB Zwickau

Gewalt – ohne mich
3.000 €

Domowina Bautzen

„Rechtstextremismus auf dem Vormarsch“
2.750 €

Große Kreisstadt Annaberg-Buchholz

„Jugendkulturen im Austausch -Culture on the Road“
1.500 €

Deutscher Frauenring**„Oberlausitz“ e.V.**

„Generationen miteinander- Lernen durch Begegnungen“
1.300 €

Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden e.V.

„Arbeitshilfen für Gedenkveranstaltungen“
900 €

Eine Welt e.V., Leipzig

„Soziales Kompetenztraining gegen Vorurteile und Rassismus“
575 €

Stiftung Leben und Arbeit, Wilsdruff

Schülerkonferenz
350 €

Summe: 245.110,00 €

Demonstration gegen den Trauermarsch der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) am 13.02.2005 in Dresden



⁷²Quelle: <http://www.medien-service.sachsen.de/>, geladen am 27.11.2005. Mit diesen zusätzlichen Finanzspritzen steigt die für 2005 bereitgestellte Fördersumme des sächsischen Anti-Rechts-Programms auf ca. 1,3 Mio. Euro an.

Übersicht der geförderten Projekte 2006⁷³:

Kulturbüro Sachsen e.V.

Mobile Beratungsarbeit 2006
142.000 €

DGB Landesbezirk Sachsen

Netzwerk für Demokratie und Courage in Sachsen
105.000 €

Politischer Jugendring Dresden e.V.

IDEMOS-Jugendinitiative für ein demokratisches Sachsen
60.000 €

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS)

Lernorte der Demokratie im Vor- und Grundschulalter
52.000 €

Netzwerk für Demokratische Kultur e.V., Wurz

Projekt- und Vereinsmanagement
48.000 €

Roter Baum e.V., Dresden

Beteiligung fördert Verständnis
48.000 €

AMAL Görlitz

AMAL - Hilfe für Betroffene rechter Gewalt
36.934,16 €

Aktion Zivilcourage e.V., Pirna

Information, Aufklärung und Beratung zu Rechtsextremismus
31.000 €

Erich-Zeigner-Haus e.V., Leipzig

Der Tisch
28.700 €

RAA Sachsen e.V.

Opferberatung
25.270 €

Multikulturelles Zentrum Zittau e.V. (MUK)

Erinnerung und Versöhnung
23.600 €

Caritasverband für Dresden e.V.

Umsetzung des aus der Kommunalanalyse Reinhardtsdorf-Schöna gewonnenen Handlungskonzeptes
19.761 €

Initiative Augen auf - Großenhensdorf, Dreieck e.V.

Netzwerkstelle Augen auf - Zivilcourage zeigen
19.743 €

Stadtverwaltung Pirna

Förderung lokaler Maßnahmen und Projekte sowie Koordination repressiver und präventiver Maßnahmen durch die AG Extremismus
18.500 €

Soziokultureller Verein Treibhaus e.V., Döbeln

Netzwerkstelle Döbeln
18.400 €

RAA Sachsen e.V.

Gemeinsam für ein demokratisches Miteinander Bernsdorf
18.088 €

Pro Jugend e.V., Dippoldiswalde

Demokratie und Toleranz im Weißeritzkreis
18.000 €

Gerede e.V., Dresden

Respekt beginnt im Kopf
18.000 €

Hafenstraße e.V., Meißen

„Couragierte Bilder - Die Serie“
17.000 €

Große Kreisstadt Glauchau

Netzwerkstelle „Region Zukunft“
15.582,23 €

Leipzig.Courage zeigen e.V.

Leipzig zeigt Courage
15.000 €

Stadt Leipzig

Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention - div. Projekte
15.000 €

Verein zur Förderung alternativer Jugendarbeit e.V., Großhain

Netzwerkstelle im Landkreis Riesa-Großhain
14.700 €

Konsortium e.V., Niesky

Vereinsnetzwerk
14.190,01 €

Jugendring Sächsische Schweiz e.V.

JugendLand - politische Bildungsarbeit
13.750 €

Förderverein JKuSZ Aue e.V.

Netzwerkstelle „dynamic power -Netzwerk“ Bürgerschaft
13.713,10 €

Sprungbrett Riesa e.V.

Perspektive Netzwerkstelle Riesa
12.974 €

Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e.V., Chemnitz

Fit zum Mit- & Einmischen
10.000 €

Netzwerk für Demokratische Kultur Wurz

Netzwerk Tolerantes Sachsen
10.000 €

Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Dresden

Gewalt ist keine Lösung
10.000 €

Bürger.Courage e.V., Dresden

Veranstaltungen, Projekte
10.000 €

Freiberger Agenda 21 e.V.

Freunde für Fremde
10.000 €

Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit e.V.

Patchwork – soziale Netzwerkarbeit nördliche Oberlausitz
9.000 €

Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit e.V.

Patchwork – soziale Netzwerkarbeit mittlere Oberlausitz
9.000 €

Oberlausitz – neue Heimat e.V.

Netzwerk Aussiedler
9.000 €

Verein für Arbeitsförderung und Selbsthilfe e.V., Freital

Mut zum Nein
8.000 €

Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal

Marienthaler Aktionsprogramm
8.000 €

Alternatives Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz e.V.

Veranstaltungen
7.500 €

arche noVa, Dresden

eine Welt - deine Welt!
7.500 €

Präventionsrat der Stadt Großenhain

Demokratie - Erleben 2006
7.300 €

Große Kreisstadt Weißwasser

Weißwasser gegen Rassismus
7.000 €

Große Kreisstadt Annaberg-Buchholz

Veranstaltungen und diverse Einzelprojekte
7.000 €

Stadtjubiläum 2006 Dresden

ZukunftsWerkstatt - Für eine tolerante Zukunft
5.500 €

Kraftwerk e.V., Chemnitz

Ein böser Drache wird besiegt
5.000 €

Kindervereinigung Chemnitz e.V.

Eine Reise durch die Welt der Spiele
5.000 €

⁷³ Quelle: <http://www.medienservice.sachsen.de>, geladen am 03.04.2006. Laut einer Pressemitteilung hat Staatsminister Hermann Winkler am 03.03.2006 für diese 67 Projekte im Freistaat Sachsen Fördermittel aus dem Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Toleranz und Demokratie“ freigegeben.

Brücke/Most-Stiftung

„Pädagogik gegen Rechts“ und
„Geschichte(n) in der Grenzregion“
5.000 €

**FreibÄrger Jugendinitiative
„Buntes Leben“**

Veranstaltungen
5.000 €

Amadeu-Antonio-Stiftung, Berlin

Menschenrechtserziehung für
demokratische Kultur
5.000 €

Landratsamt Weißeritzkreis

Schülerkongreß
3.500 €

Große Kreisstadt Eilenburg

Gelebte Toleranz in Eilenburg
3.000 €

Steinhaus e.V., Bautzen

Streetcolourz 2006
2.930 €

**Verband binationaler Familien u.
Partnerschaften**

Sichtbar Anders. Lebenswelten von
anderen Deutschen
2.700 €

Initiative pro Zivilcourage, Aue

Miteinander statt nebeneinander
leben
2.500 €

Antidiskriminierungsbüro Leipzig

Alle anders - alle gleich?
Alltagsrassismus als gesellschaftliche
Herausforderung
2.500 €

Landfrauenkreisverein

Löbau-Zittau
Nachbarinnen
2.000 €

**Archiv Bürgerbewegung Leipzig
e.V.**

Stolpersteine
2.000 €

Kreissportbund Bautzen

Informationsveranstaltung
„Rechtsextremismus“
2.000 €

Bündnis gegen Rechts Riesa

Wege gegen das Vergessen 2006
1.500 €

Volkssolidarität Leipzig

24h-Basketball gegen Rassismus und Gewalt
1.500 €

HELP e.V., Aue

Tolerantes Verhalten üben
1.500 €

**Initiative gegen Extremismus e.V.,
Freiberg**

Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Er-
wachsenen
1.120 €

Zwickauer Hilfe Zentrum e.V.

Sterilisation und Euthanasie während der
Zeit des NS Regimes
1.000 €

Kultur aktiv e.V., Dresden

Randlos Zeitschrift
600 €

Eine Welt e.V., Leipzig

Soziales Kompetenztraining
575 €

Mittelschule am Steegenwald Lugau

Helden des Alltags
500 €

Ev.-Luth.Jugendpfarramt Leipzig

Capoeira-Projekt der Evangelischen Jugend
500 €

**Johann-Wolfgang-von-Goethe-
Gymnasium Chemnitz**

Aktionstag „Schule ohne Rassismus / Schule
mit Courage“
500 €

Summe: 1.055.130,50 €

**Die Faschismusjäger,
der „europäische Faschis-
mus“ und die NPD**

Vortrag, gehalten am 08.06.2005
vor der sächsischen NPD-Fraktion

Phantomfaschismus

Anfang Mai 2005 fand unter der Schirm-
herrschaft der Friedrich - Ebert - Stiftung in
der Frankfurter Allee in Berlin eine Tagung
über den aktuellen „Faschismus“ statt. Die
NPD und die „Kameradschaften“ standen im
Mittelpunkt der Erörterungen. Alles, was
Rang und Namen in der Faschismusfor-
schung besaß, war versammelt. Ehemalige
Antifaschismuskämpfer aus der Volkspolizei
und dem Ministerium für Staatssicherheit
unterhielten sich mit den Kollegen von
Staats- und Verfassungsschutz und die vielen
Professoren und Dozenten der Berliner Uni-
versitäten und Fachhochschulen gefielen
sich in ihrer Bedeutung voller Wichtigkeit.
Die kleinen Sozial- und Sachbearbeiter zo-
gen die Köpfe ein und blickten sich einge-
schüchtert um. Senat und Staatsverwal-
tungen lassen sich den Kampf gegen den „Fa-
schismus“ etwas kosten. Alle Kategorien von
BAT und A 13 und 14 kamen zusammen.
Nach den Lohnkosten gezählt, saßen ein
paar Millionen Euro hier zusammen. Ein „Be-
rufsfaschist“ war auch dabei. Er war eine Mi-
schung aus „Hauptmann von Köpenick“ und
Charly Chaplin. Er war ein Überläufer und
kam aus irgendeiner hessischen Kamerad-
schaft. Inzwischen war die faschistische Ver-
gangenheit sein Broterwerb. Er gab Aus-

künfte und korrigierte gelegentlich
die Faschismusexperten. Es wurde
deutlich, daß hier eine Spezialisten-
runde saß, die aus der sicheren Distanz
das Objekt ihrer Forschung betrachte-
te. Der „Hauptmann Chaplin“ roch
sehr schnell den Braten und ließ sich
als geläuterter Rechtsextremist von einer
Zusammenkunft zur anderen ein-
laden, kassierte Honorare und genoß
sichtbar seine neue Rolle, Auskunft zu
geben oder immer neue Varianten sei-
ner Vita vorzustellen. Er wurde so et-
was wie der absurde, empirische Beleg
der antifaschistischen Gesinnung, der die
unterschiedlichen Funktionsträger
aus dem Staatsdienst motivierte, an ih-
ren Vorurteilen festzuhalten.

Der Faschismus war für diese Da-
men und Herren offensichtlich eine
„Wunschlandschaft“ oder Projektions-
fläche von Gerüchten und Selbstdar-
stellung, kurz ein Phantom. Lediglich
ein paar Sozialarbeiterinnen aus dem
Strafvollzug, die sich als ehemalige
Pionier- oder FDJ-Leiterinnen bewäh-
ren mußten, hatten es mit straffälligen
Jugendlichen zu tun, die rechtskräftig
wegen Fremdenfeindlichkeit oder Völ-
kerhetze verurteilt worden waren. Die
Damen aus dem Strafvollzug berichte-
ten schüchtern, erstaunt über so viel
„Theorie“, über die Delinquenten und
es war hörbar, daß auch ihnen der Zu-
gang zu den Sträflingen emotional
und gedanklich versperrt war. „Fa-
schismus“ wurde auf ein mystisches
Feindbild reduziert. Er schien so etwas
darzustellen wie eine Krankheit oder
eine Seuche, von der jeder befallen
werden konnte, wenn er nicht aufpaß-
te. Deshalb war Hygiene angesagt. Die

**Kurzbiographie:**

Prof. Dr. Bernd Rabehl, Soziologe, Politologe, Jahrgang
1938, langjähriger Freund und politischer Mitstreiter
Rudi Dutschkes und einer der wichtigsten Theoretiker
der Außerparlamentarischen Opposition und des
Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), war
bis 2003 Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Uni-
versität Berlin. Seit 1998, als Rabehl vor der Burschen-
schaft Danubia in München einen Vortrag hielt, wird
Rabehl von politischen Tabuhütern angegriffen und
unter „Faschismusverdacht“ gestellt.

eigenen Gedanken mußten einer „permanenten Gehirnwäsche“ unterzogen werden. Der Faschismus lauerte wie ein Bazillus im eigenen Körper und er wartete bei den Unter- und Mittelschichten auf seinen Tag. Falls die Antifaschismuspriester nicht aufpaßten, wiederholte sich die Geschichte und aus den Gräbern und der Asche der Städte stiegen die alten Nazis, die Hitler und Goebbels und die Faschismusforscher waren von der Angst besessen, daß auch sie eines Tages aufwachen würden mit einem Hakenkreuz an der Zipfelmütze.

Die Staatsdiener bestätigten sich gegenseitig ihre Rechtschaffenheit und waren vorsichtig in der Wortwahl. Schon aus diesen Gründen klang jeder Vortrag identisch. Die Sätze waren einander angeglichen. Kein Gedanke durfte von der „Linie“ abweichen, die ein anonymes Kollektiv zog. Alles erinnerte an den alten „Antifaschismus“ der untergegangenen DDR. Aber damals kämpfte ein Staat um die Legitimation, die er nicht hatte. Heute wurde der „Antifaschismus“ in einer geschlossenen „Institution“ gezüchtet, in staatlichen und universitären Forschungsstellen, die sich der Charakterisierung, Denunziation und „Liquidierung“ von Neofaschismus verpflichtet fühlten. Es wurde nicht geforscht, sondern Urteile wurden gefällt und jeder Mitarbeiter fühlte in sich die Mission des Staatsanwalts. Allein dieser Kampfauftrag erinnerte an die Maßnahmen der Tscheka der zwanziger bzw. dreißiger oder des Ministeriums für Staatssicherheit der fünfziger und sechziger Jahre, den „Klassenfeind“ aufzuspüren und zu erledigen.

Der „Antifaschismus“ trug zwanghafte Züge, war zugleich Disziplinierungsmittel in den eigenen Reihen und Legitimation von Regierungspolitik. Der faschistische „Mythos“ sollte von den eigenen Problemen ablenken, die Reihen schließen und er war so etwas wie die letzte Reserve von Gesinnung und Ideologie. Er war Moralersatz und zugleich Ausdruck der gedanklichen Verwahrlosung. Denn jeder, der nicht Linie hielt, wurde als potentieller Faschist denunziert. Die-

ses fanatische Kollektiv sprach nicht zufällig vom „Wir“, denn obwohl sie sich alle als radikale Liberale und Einzelgänger gebärdeten, besaßen sie den inneren Zusammenhalt der Feindabwehr und des Kampfes gegen das Böse.

Erstaunlich war, daß die unterschiedlichen Staatsdiener trotz ihrer hohen Gehälter und trotz ihrer Stellenzuschreibung, Aufgaben in den Bereichen der Pädagogik, Jugend- und Sozialarbeit wahrzunehmen, gar kein Interesse besaßen, mit den gefährdeten Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Die Distanz zu den Problemen und Widersprüchen dieser Jugendlichen und der Zynismus der Vorverurteilung wirkten unheimlich. Sie hatten keinerlei pädagogisches Ethos, mit rechtsradikalen Jugendlichen zu sprechen, sich auf sie einzulassen, um sie von der „freiheitlichen Grundordnung“ zu überzeugen oder ihnen die liberale Umwelt schmackhaft zu machen. Es war kein Bemühen erkennbar, Alternativen zur Arbeitslosigkeit, Verwahrlosung, Alkoholismus und Drogenkonsum zu entwickeln. Es bestand sogar eine „klammheimliche Freude“ darüber, daß dieser Jugendradikalismus existierte, denn er verschaffte ihnen Positionen, Einkommen und Einladungen. Sie hätten diesen „Radikalismus“ erfunden und erfanden ihn täglich aufs neue, um den Ruf als Experten und Faschismusjäger zu bewahren.

Die Bundesministerien für Inneres oder für Jugend, Familie und Sport schrieben etwa 168 Millionen Euro jährlich aus, um den Rechtsradikalismus zu bekämpfen. Maßnahmen, die Gemeinschaften im Sport zu stärken, gehörten genauso dazu wie Veranstaltungen, Feste, Beratungen, Betreuungen und wissenschaftliche Analysen. Faschismusforschung erlangte dadurch eine hohe Attraktivität und Wahrscheinlichkeit, die finanziellen Grundlagen der Existenz zu finden. Die Form der Ausschreibung und die universitäre Institution der Forschung ließen Abweichungen nicht zu. Die ministeriellen Geldbewilligungen für die unterschiedlichen Projekte reagierten auf bestimmte Stichworte und Dispositionen, die den Faschismus auf eine Phänomenologie von Gewalt, Jugendradikalismus und Fremdenhaß festlegten. Die Institution als Universität oder Forschungsstelle besaß die immanente Tendenz der geistigen Nivellierung, die Wissenschaft auf ein Mittelmaß oder auf Schlagworte zu reduzieren. Eine derartige Reduktion von Wissenschaft hatte ihre Ursachen in der Ver-

schulung der Lehre, aber auch darin, daß die Forschung nicht auf Qualität und Unabhängigkeit achtete. Die Politisierung der Universitäten durch Parteien und Staatsstellen schuf eine öffentliche Dienst – Lehranstalt, die den Anforderungen politischer Loyalität folgte. Das war der Tod für den freien Geist. Ansätze und Überlegungen bzw. Persönlichkeiten, die dem eingefahrenen Niveau nicht entsprachen, fanden keinerlei Möglichkeiten, ihre Thesen vorzustellen und wurden als „Freidenker“ nicht selten verdächtigt, selbst eine Nähe zum „Faschismus“ zu besitzen. Dadurch wurden Kontroversen und Auseinandersetzungen vermieden und der Dialog pendelt sich ein auf ein Mittelmaß und die gegenseitige Selbstbestätigung. Eine derartig geschlossene Institution wurde zur Brutstätte des Opportunismus und Parteigänger der offiziellen Regierungspolitik hatten das Sagen. Nun gar zu behaupten, daß ein rechtsradikaler Extremismus aus der Staatsexekutive kam, aus dem Milieu von Verfassungsschutz, Geheimdiensten und Faschismusjäger, war eine Provokation, die die ganze Wut der „Zunft“ auf den Ketzler mobilisieren mußte.

Wiederkehr des Gleichen

Die Gesinnung der antifaschistischen Tugendwächter lebte sichtbar von einem Weltbild, das nicht mehr wie früher vom sozialistischen Paradies schwärmte, das irgendwann durch den „Gang“ der Geschichte erreicht werden würde. Es wurde geprägt von der düsteren Perspektive der „ewigen Wiederkehr“. Der liberale Kapitalismus hatten gleichsam Faschismus und Sozialismus besiegt und sich als eine dauerhafte Ordnung etabliert. Allerdings besaß diese „letzte Formation“ die Instabilität von Krisen und Kriegen und oszillierte um den Gradmesser der „Normalität“. Diese wurde gleichgesetzt mit Gesundheit, Vollbeschäftigung, Wohlstand, Gerechtigkeit und Frieden und erhielt den Grundsatz, als Wert an sich zu gelten. Diese „Normalität“ erlag in den Ausnahmen von Krieg und Krise dem Ansturm der Extreme: Faschisten und Sozialisten waren bemüht, ihre Chance zu nutzen, das stabile Gleichgewicht zu stürzen. Nach dieser Geschichtsauffassung war die Wiederkehr des Jahres „1933“ permanent in der Instabilität des Normalen angelegt.

Da die Sozialisten immerhin noch in der Tradition der Aufklärung und der Demokra-

tie standen, war ihr „Extremismus“ nicht gefährlich. Er verzerrte lediglich die humanistischen und demokratischen Werte. Sie waren deshalb ausnutzbar, den außerparlamentarischen Kampf für die bestehende Ordnung zu beleben und bildeten zugleich ein lebendiges Potential für den antifaschistischen Kampf. Der Bezug des rechtsradikalen Extremismus zu Faschismus, Rassismus, zur Antiaufklärung und antiliberalen Konterrevolution machte ihn zum grundsätzlichen Feind der liberalen Ordnung. Er mußte an die Prinzipien des Nationalsozialismus anschließen, die in dieser Diktatur ihre letzte Ausformung und Konsequenz erhalten hatten. Der „totale Krieg“ nach 1941 wurde als der Springpunkt dieser Macht aufgefaßt. Er diktierte den inneren Gehalt des aktuellen Rechtsextremismus. In den Aufmärschen der NPD, der Kameradschaften und der rechten Skins wurden deshalb die Marschkolonnen von SA und SS und ihre „Einsatzgruppen“ sichtbar. Die Führerschaften dieser militanten Kämpfer erinnerten an die Profile der NS-Größen. Mochten ihre Ideologien Unsicherheiten aufweisen oder auf rechtskonservative Ziele zulaufen, das war alles Maskerade, im Kern und untergründig enthielten sie den Rassenwahn der „NS-Bestie“. Das Jahr „1933“ besaß eine permanente Aktualität. Jeder, der sich mit diesem Rechtsradikalismus einließ, war infiziert oder wurde von diesem als „nützlicher Idiot“ betrachtet. Allein aus diesen Gründen durfte dem magischen „1933“ keinerlei Toleranz oder Gleichgültigkeit eingeräumt werden.

Was für die Parteigänger der NPD galt, galt auch für die verwahrlosten Schichten der Gesellschaft, die herausfielen aus dem Wohlstand und dem Arbeitsleben und die neben der Verzweiflung der Agitation der Rechtsgruppen ausgesetzt waren. Sie mutierten sehr schnell zum Potential dieses Extremismus. Aber auch der Mittelstand, der noch nicht in den Wirbel der Enteignungen geraten und nicht ins Jenseits der Armutsgrößen entschwendet war, trug den historischen Vergleich der Hitlerwähler vor 1933. Unterschichten und Mittelstand wur-

den insgeheim gleichgesetzt mit den „Deutschen“, das von den radikalen „Antifaschisten“ als ein „Tätervolk“ identifiziert worden war, als ein Volk der „Hunnen“, das den Rassenhaß und den Massentod in die Geschichte getragen hatte. Heute nun galt die biblische Rache: Auge um Auge, Zahn um Zahn und die „Deutschen“ als Volk sollten büßen bis zum „jüngsten Gericht“. Kein Wunder, daß vor allem die sozialdemokratischen und linken Wähler, verdächtigt wurden, insgeheim faschistischen Vorurteilen zu huldigen, taten sie doch unschuldig und lehnten jede persönliche Verantwortung am Massenmord ab. Das galt vor allem auch für die wackligen „Faschismusforscher“, die die Bedeutung des Rechtsradikalismus nicht dramatisieren wollten. Diese religiöse und mystische Seite des Deutschenhasses und der Kollektivschuld schwang in den antifaschistischen Verlautbarungen mit und verdächtigte die Gesamtheit der Klassen und Schichten der Schuld am „großen Tod“. Eine derartige Geschichtssicht entschwand endgültig in die Mythen der Antiaufklärung und verlor sich in den religiösen Denunziationen.

Geschichte hatte nach der „antifaschistischen Gesinnung“ ihre höheren Ziele verloren und genügte dem Siegeszug des Neoliberalismus. Geschichte mußte nicht mehr gestaltet, sondern eine bestehende Wirtschaftsordnung mußte gegen den extremistischen Ansturm von Unvernunft und Irrationalismus verteidigt werden. Der Antifaschismus wurde auf die Ideale des Neoliberalismus eingeschworen. Dadurch verlor er selbst sein „dialektisches Weltbild“. Die Einkehr der offiziellen „Antifaschisten“ in ein lebensphilosophisches Denken der Antiaufklärung hatte etwas damit zu tun, daß das strategische Ziel von Geschichte entschwunden war und die Wahrheit des globalen Liberalismus in die schwammige Vorstellung der „Normalität“ und der permanenten Wiederkehr von „1933“ verpackt wurde. Außerdem wurde diese Normalität mit einer religiös aufgeladenen Schuldfrage und der negativen Besonderung der Deutschen „völkisch“ dra-

matisiert. Der Abstand von der deutschen Klassengesellschaft oder von den Strukturmerkmalen der sozialen Schichten und ihrer politischen Verantwortung verwies auf eine gewendete „Deutschtümelei“ in der Antifa – Gesinnung.

Sie gab zu erkennen, daß die historische Entwicklung unfassbar blieb und daß zu den Disharmonien von Gesellschaft die „liberale Endzeit“ und ihre sozialistischen bzw. kommunistischen und faschistischen Gegenpole gehörten. Die Sinnfrage antifaschistischer Aufrichtigkeit ließ sich weder über eine historische Logik, noch über stabile Traditionen entschlüsseln. Diese „tragische Erkenntnis“, daß Geschichte und Wirklichkeit nicht verfügbar und nicht faßbar waren, mußte dazu führen, Mythen von Gut und Böse zu schaffen, um diese gegeneinander abzuwägen. Das „Gute“ vollzog sich im eingebilddeten „herrschaftsfreien Diskurs“ des Gutmenschentums, die den Gegenpart des Teufels und des Bösen bedurfte, um sich überhaupt „gut“ zu fühlen. Daß alles nur Einbildung war, wußte jeder antifaschistische Kämpfer. Die Zerstörung der Illusionen von Sozialismus und Klassenkampf vervollständigte die Unwissenheit über Geschichte und Gesellschaft, die nicht durch den Akt einer moralischen Einbildung oder Erneuerung überwunden werden konnte. In der wachsenden antifaschistischen Propaganda, überall Extremismus und Faschismus zu wittern, wurde die innere Fäulnis sichtbar. Die Gefängniswände des Glaubens oder der Moral eines liberalen Zeitalters konnten den inneren Halt nicht sichern, denn diese Wände waren dabei, einzustürzen und würden alles unter sich begraben. Das unglückliche Bewußtsein wußte davon, daß mit Gott alle anderen Wahrheiten, auch die Wahrheit der liberalen Aufrichtigkeit, gestorben war und daß der Neoliberalismus nicht der Endpunkt von Geschichte sein konnte. Deshalb hielt der antifaschistische Zynismus an einem letzten Glauben fest, daß er die Welt retten und richten konnte. Ihm fiel dabei nicht einmal auf, daß er die faschistischen Methoden der Denunziation und der Ausgrenzung längst kopiert hatte. Er wurde dadurch Bestandteil der Wiederkehr von „1933“.

Die Denunziation wurde radikalisiert, selbst der Freisinn war verdächtig und erhielt die Umrisse faschistischer Umtriebe. Jedes Aufbegehren gegen die bestehende Ordnung, jede Spontaneität, die nicht in den

engen Bahnen von Verfassung, Recht und Öffentlichkeit erfolgte, fielen unter Faschismusverdacht. Jährlich, fast wöchentlich und täglich, kehrten die gleichen Konstellationen zurück, wiederholten sich Ereignisse in der Gestalt, daß einzelne Denker oder Gruppen gegen die eingebilddete Moral des „antifaschistischen Diskurses“ verstießen. Die Tugendwächter mußten immer wieder und jedes Mal radikaler zurückschlagen und sie waren gezwungen, den ganzen Apparat mobil zu machen, die Staatsverwaltungen, alle Arten von Geheimpolizei, Parteien, Universitäten, Medien und gaben dadurch zu erkennen, daß der „Extremismus“ aus den eigenen Reihen kam. Die wenigen Zweifler mußten bestraft werden, um Tausende einzuschüchtern. Die Wiederkehr der Geschichte nahm die Form der Wiederkehr Totalitarismus des „Normalen“ an.

Liberaler Totalitarismus

Der globale Liberalismus fiel dadurch auf, daß er neue Märkte schuf, alte Märkte einriß, die Sicherheitszonen des Sozialstaates zerstörte und alle staatlichen Betriebe aufkaufte, profitabel ökonomisierte, oft aber auch ruinierte. Er besaß einen Freiheitsdrang, der alle Grenzen überwand. Er hatte keinerlei Hemmung, die ökonomischen Ziele mit der Eschatologie der Wiederkunft des Heilands zu verbinden. Religiöse Kriege gegen die Mächte des Bösen wurden geführt. Folter und Vergewaltigung wurden angewandt, um den Feind zu demütigen und zu erniedrigen. Im Namen der Freiheit und der Menschenrechte wurden Kriege in Afghanistan und im Irak geführt und gegen den Iran oder Nordkorea vorbereitet. Allein diese Kombination von Freiheit und Religion, von Kreuzzug und „gerechtem Krieg“ mußte mißtrauisch machen. Terror mit Terror zu beantworten, skizzierte einen Liberalismus, der von der liberalen Idee weit entfernt war oder Metamorphosen durchgemacht hatte, die ihn in die Nähe der modernen Totalitarismus stellten. Trotz seiner Radikalität gegen den Plan- und Sozialstaat, initiierte er nicht etwa eine umfassende Entstaatlichung, sondern baute primär den Rüstungs- und Sicherheitsstaat aus und setzte ihn ein für eine gigantische Umverteilung der Staatsfinanzen im Interesse der großen Kapitalgesellschaften. Hinter den liberalen Parolen blieben die Elemente der totalen Staaten der Vergangenheit sichtbar.

Bereits Hegel wußte davon, daß die Freiheit mehrere Gesichter hatte und nur schwer mit der sozialen Gleichheit korrespondierte. Der absolutistische Staat war eine Ordnung, die gegen die feudale Anarchie Front gemacht hatte und Recht schuf und dadurch die Freiheit in die Notwendigkeit staatlicher Sicherung setzte. Die liberale und revolutionäre Freiheit, die gegen den Absolutismus gerichtet war, mündete im Terror der Jakobiner, weil sie keinerlei Grenzen kannten und die immanente Notwendigkeit von Recht und Ordnung mißachteten. Die Auflösung dieser absoluten Freiheit brachte ein soziales Kaisertum hervor, das die Alleinherrschaft Napoleons mit Krieg und Eroberung verband. Die „Dialektik der Freiheit“ enthielt nach Hegel den Widerspruch des Despotismus und es lag an den Akteuren der Geschichte, hier einen Ausgleich zu schaffen. Diese Kunst des Politischen inspirierte nach Hegel den Weltgeist. Die Polizei als Tugend- und Sittlichkeitswächter war für ihn Garant eines historisch notwendigen Kompromisses zwischen Freiheit und Notwendigkeit.

Mit Marx ließ sich der Neoliberalismus charakterisieren als „Aufhebung“ des Kapitalismus auf kapitalistischer Grundlage: kurz der Staat wurde eingesetzt, die materiellen Ressourcen der Gesellschaft umzuverteilen für das Groß- und Weltkapital und alle sozialen Rechte für die unteren Klassen einzureißen. Nicht Eigentum oder Gewinnstreben wurden überwunden, sondern absolut gesetzt und der Staat auf die Funktion reduziert, für die polizeiliche Sicherheit einzustehen und Rüstungswirtschaft und Militär über alle Maßen zu fördern. Der philosophische Sozialist war sich bewußt, daß eine Reihe von negativen Aufhebungen die liberale und kapitalistische Entwicklung festlegten, bis das Wunderwerk des Sozialismus gelingen konnte. Der Widerspruch zwischen Freiheit und Gleichheit legte diese „negative Dialektik“ fest. Demokratie als Volksherrschaft war solange nicht herstellbar, solange ungleiche Tauschwerte, Kapital und Lohnarbeit, sich gegenüberstanden und das Kapital die Be-

dingungen des Politischen und des Rechts bestimmen konnte. Der Despotismus des Staates als Ausnahmegesetz, als Bürokratie, Polizei, Militär, Gefängnis, Zensur, öffentliche Meinung usw. erniedrigte die unterschiedlichen Demokratieformen solange zur Fassade absoluter Macht, solange die technologische Produktivität nicht einen Grad an Gesellschaftlichkeit erreicht hatte, daß die Klassenherrschaft überflüssig wurde. Mit Marx ließen sich die Phänomene von Bonapartismus, Populismus, Faschismus, Sozialismus, Stalinismus, Nationalsozialismus als Formen der negativen Aufhebung des Kapitalismus erklären, die längst nicht ein hohes Niveau des gesellschaftlichen Reichtums erreicht hatten, sondern als Revolution oder Konterrevolution Notlagen, Rückständigkeit, Armut und Elend organisieren mußten. Bei all diesen Deformierungen von Herrschaft stand der Liberalismus als Versprechen und Ideologie Pate, bis durch das Scheitern dieser Experimente er selbst zur globalen Weltherrschaft strebte. Das Versprechen der Menschenrechte blieb Trug und war nur Mittel, die reaktionären und rückständigen Festungen von Staatsmacht in der Welt zum Einsturz zu bringen.

Marx demonstrierte diesen Sachverhalt am Beispiel des französischen und später amerikanischen Bürgerkriege. Es bestand in beiden Gesellschaften ein Widerstreit zwischen dem spekulativen und dem produktiven Kapital. Das Spekulationskapital setzte auf eine absolute Freiheit des Marktes. Das Produktionskapital wollte die Ordnung des Betriebes auf die Gesellschaft übertragen, um Streiks, Sabotagen und Bürgerkrieg zu vermeiden. Erst nach der Niederlage der revolutionären Teile der Arbeiter-schaft gelang es nach Marx, in Frankreich eine soziale Diktatur unter Louis Bonaparte zu errichten, die die Masse der Bauern, das vorkapitalistische Milieu, zur Grundlage von Militär und Staatsmacht erhob. Diese Diktatur sicherte dem Bank- und Spekulationskapital die „Freiheit“ des Marktes und der Geschäfte. In den USA entstand

sogar ein Gegensatz zwischen den spekulativen Teilen des Kapitals in New York und dem Produktionskapital in den Nordstaaten. Die Sklaverei war der Grund. Die Banker vom Hudson finanzierten das Baumwollgeschäft der Farmer des Südens und verdienten an der Sklavenarbeit riesige Summen. Erst als die Nordstaatler den Kampf gegen die Sklaverei mit einer Landreform verbinden wollten und Heeresteile von ehemaligen Sklaven aufstellten und einen Befreiungskrieg gegen den Süden organisierten, lenkten die Banker und die Sklavenhalter ein. Nord- und Südstaatler bildeten die beiden großen Parteien der Republikaner und Demokraten und verlegten den Bürgerkrieg auf den Wahlkampf. Nach Marx war nun den Putschern der einzelnen Machtgruppen in diesen Parteien Tür und Tor geöffnet. Außerdem reduzierte sich die Demokratie auf einen großen „demokratischen Schwindel“, weil die Wähler entmündigt wurden und die Probleme der Gesellschaft nicht öffentlich verhandelt wurden. Jede „Geheimdiplomatie“ besaß die Tendenz, einen Staat im Staat zu schaffen und die Demokratie den Sonderinteressen des Großkapitals zu unterwerfen. Er zitierte in seiner Analyse der amerikanischen Demokratie indirekt die Stellungnahmen von Toquville über „Amerika“.

Marx war überzeugt, daß das „Proletariat“ als Gegenkraft zum Liberalismus, die Formen der sozialen Emanzipation freisetzen würde aus den Trümmern kapitalistischer Herrschaft. Er sollte sich irren und belegte durch diesen Irrtum den eigenen Utopismus. Seine Überzeugung, daß die Herrschaft über Menschen in die Verwaltung von Sachen übergehen würde und daß das Reich der Notwendigkeit und die Staatlichkeit auf wenige Funktionen beschränkt blieb, blieb eine utopische Vision, die nicht damit rechnete, daß die technologische Produktivität die Arbeiterklasse überflüssig machte und sie ersetzt wurde durch Gelegenheits- und hochqualifizierter Hilfsarbeit und die Klassenverhältnisse einer Hierarchie von Macht und Ohnmacht wichen. Trotz dieser Illusionen und Irrtümer blieb die Kritik am Liberalismus richtig. Dieser war nach dieser Sicht desinteressiert an sozialen Problemen und sah in jeder Staatlichkeit die Hindernisse des Marktes. Die Absolutsetzung der Marktgesetze und die Ausweitung der Marktbeziehungen schufen durch alle Klassen hindurch einen Konsumenten, der sich über seinen Marktstatus und seine Kaufkraft definierte.

Über Konsum und Wohlstand gingen die sozialen Identifizierungen verloren und erlaubten die Inszenierung von Politik als Ware und Show.

Wahlkämpfe wurden dem Konkurrenzkampf auf dem Markt nachempfunden und die Ziele und Qualitäten wurden durch Reklame bzw. durch den „Warenfetisch“ verdeckt. In der Politik ließ ein derartiges Marketing die Putsche von Machtgruppen in den Parteien und Staatsapparaten zu, so jedenfalls nahm die „Kritische Theorie“ die Kapital- und Marktkritik von Marx auf und verlängerte sie in die Bereiche der Massenpsychologie. Der „eindimensionale Massenmensch“ überwand die sozialen Interessen der einzelnen Klassen und war umfassend manipulierbar. Ein neuer Faschismus entstand nicht aus der Konterrevolution in einem internationalen Bürgerkrieg, wie nach 1917, sondern er hatte seinen Ursprung in der Reduktion des Produzenten auf den Konsumenten. Dieser Reduktion ging einher mit der Gleichsetzung sozialer Interessen mit Marktgesetzen. „Faschismus“ wurde gesehen in der Marktmanipulation, in der Reklame, im wachsenden Sexismus, in dem Kult der Jugend und des Normalen, in der Ausbreitung der Kriminalität, der Korruption und der Aufrüstung des Staates. Alle die dem Kaufrausch durch Armut, Krankheit oder psychologischen Störungen nicht erliegen konnten, wurden nach dieser Sicht unter die Kontrollen von Krankenhaus, Gefängnis, Irrenanstalt, Psychologie und Polizei gestellt. Der „neue Faschismus“ kam jetzt aus der Mitte der Gesellschaft und den Zentren der Macht, aus Polizei und Geheimdiensten.

Die antifaschistischen Faschismusforscher ignorieren bewußt diese Einschätzung des neuen Faschismus, der in der Studentenbewegung von 1967/68 ein Hauptmotiv der Revolte war, weil er von den Staatsstellen kaum akzeptiert werden und keinerlei Förderung erfahren würde. Vergessen war auch der angelesene Marxismus, der als Zitatologie mißbraucht, jedoch kaum auf aktuelle Verhältnisse angewandt wurde. Das Abtauchen in den Zynismus der Antiaufklärung war deshalb immer auch der Abschied, von der dialektischen Theorie. Außerdem hatten die geschlossenen Institutionen von Forschung und Förderung jeden Eigensinn von Wissenschaft unterminiert. Deshalb wurde auch nicht wahrgenommen, daß die „letzte Weltmacht“ nach dem Niedergang des Sozial-

ismus die Welt neu ordnen wollte, um die Macht der Milliardäre zu stärken und den Widerstand der abhängig Beschäftigten zu brechen. Vorbild wären Ungarn oder Südkorea, einen Konsumstand auf mittlerer Grundlage zu halten und den Reichtum der Reichen und Superreichen zu mehren, wie Alfred Grosser in einem Kommentar zur Niederlage der politischen Klasse in Frankreich nach der Volksabstimmung über die europäische Verfassung 2005 feststellte. Jeder Unmut, der außerhalb der etablierten Parteienordnung geäußert wurde, mußte mit dem Faschismusverdacht belegt werden. Das war die Denunziationsaufgabe der staatlich geförderten Faschismusforscher.

Wer nun der „dialektischen Theorie“ von Hegel, Marx und der „Kritischen Theorie“ mißtraut, könnte einen modernen Philosophen, etwa Gomez Davila, zitieren. Die Freiheit des Marktes fand nach dieser Überzeugung dort seine Grenzen, wo der Markt dem Kalkül großer Marktketten oder Firmen unterworfen wurde. Die Marktfreiheit besaß die immanente Kraft, sich selbst zu überwinden und im Monopol der Markt- und Herrschaftssicherung zu enden. Von den Menschenrechten verteidigte der moderne Liberalismus primär das „Recht auf Konsum“, alle anderen Partikel dieser Rechte waren ihm gleichgültig.

Trotzdem war der Liberalismus als „westliche Welt“ den anderen totalitären Formen von Macht und Herrschaft weit überlegen. Letztlich besaßen die faschistischen, nationalsozialistischen oder kommunistischen Diktaturen und erst recht die Despotien und Militärmächte auf den anderen Kontinenten keinerlei Chancen oder materielle Kräfte, sich gegen die USA oder Westeuropa durchzusetzen. Die „westliche Freiheit“ war bis 1989 Garant für Freiräume und Individualismus, die woanders undenkbar waren. Als vermeintlich „letzte“ Formation von Weltgeschichte sind diese Staaten nun dabei, die negativen Seiten des Liberalismus umzusetzen und anzuschließen an die „Errungenschaften“ des historischen Totalitarismus.

Kommunismus und Faschismus waren als politische Parteien und Bewegungen Ergebnisse des I. Weltkrieges und der russischen Revolution. Sie bildeten jeweils Eliten, die Front machten gegen die reaktionären Machtgruppen, die den Krieg zu verantworten hatten, sie bezogen zugleich Positionen gegen die liberalen und sozialdemokratischen Gegenkräfte. Der Krieg als ein Massen- und Technikrieg mit Millionen von Toten und Verletzten hatte den bolschewistischen und faschistischen Eliten bewiesen, daß die sozialen Klassen sich durch Kommandostäbe dirigieren ließen und daß die Propaganda die Dimensionen einer Organisations- und Produktivkraft erlangte. Lenin und Mussolini und ihre Ratgeber hatten die „politische Theorie“ von Clausewitz und Pareto studiert, daß jede Politik die Potenz von Krieg und Bürgerkrieg trug und dem Bild von großen Schlachten folgte, die sich über Jahrzehnte erstrecken konnten. Der subjektive Faktor in der strategischen Planung und taktischen Durchführung von Krieg und Politik, dargestellt als Heeresführung, Generalstab dem militärischen „Genius“ und Kriegswirtschaft, zeigte, daß Avantgarden oder Eliten als geschlossene Bündnisse oder Parteien sich zu einem historischen Willen konzentrieren konnten, gelang es ihnen, Teile der Klassen und des Volkes mitzureißen und auf die Probleme der Zeit einzugehen.

Die „Zirkulation der Eliten“ folgte nicht etwa der Friedfertigkeit von Wahlkämpfen oder Generationsfolgen, sondern war eingebettet in den Schlachten von Krieg, Revolution und Bürgerkrieg. In diesen Konflikten gab es Verlierer, Konkurrenten und Sieger. Die Kontrahenten der siegesbewußten Eliten mußten rücksichtslos besiegt und liquidiert werden und das eigene politische Machtkartell mußte die alleinige Herrschaft in Staat und Gesellschaft anstreben und verteidigen. Für Rußland und Italien wurde es bedeutsam, die alten Eliten auszuschalten und die bürgerlich liberalen

Kräfte und vor allem die sozialdemokratischen „Kompromißler“ nicht zum Zug kommen lassen. Gegen diese Eliten, dargestellt als A, B und C, stritten die Außenseiter als D und es gelang ihnen, die Bauern und die Masse des Volkes auf ihre Seite zu ziehen, indem sie Landreformen und soziale Stabilität versprachen. Ihre Ideologien, bezogen auf den Marxismus und Hegelianismus und auf die syndikalistischen Übergänge zur Antiaufklärung, besaßen einen absoluten Machtanspruch. Die Weltsicht war im Falle des russischen Bolschewismus radikal antisozialdemokratisch, antiliberal, antikapitalistisch und antizaristisch und im Falle des italienischen Faschismus radikal antisozialistisch, antibolschewistisch, antiliberal und antikonservativ. Obwohl beide Bewegungen und Parteien aus der marxistischen und anarchistischen Tradition stammten, betrachteten sie sich gegenseitig als Feinde, um die Macht unteilbar zu machen. Beide wuchsen hinein in einen sozialen Totalitarismus, weil sie die historische Aufgaben übernahmen, sich zur Kampfkraft einer Elitepartei zu fügen, einen neuen Staat oder Diktatur zu schaffen, Nation und Volk neu zu bestimmen, das Land sozial zu einen und einen gigantischen Prozeß der Industrialisierung einzuleiten. Die Ideologie mußte diese Mission festlegen und militant umsetzen. Die Bolschewiki verzichteten auf die Zuarbeit eines nationalen Kapitalismus und schufen einen Plan- und Staatskapitalismus, der diese Konzeption umsetzen sollte. Die Zwangsarbeit und der Massenterror standen von Anfang an Pate bei diesem Experiment, galt es doch mit dem Zarismus auch die bürgerliche Gesellschaft und mit ihnen die Großgrundbesitzer, Beamten, Bürger, Sozialdemokraten und vor allem die potentielle Bourgeoisie, die „Kulaken“ zu vernichten. Der bolschewistische Terror trug von Anfang an den Siegel der Massenvernichtung der politischen Gegner. Die Faschisten Italiens als eine erste Reaktion auf die bolschewistische Herausforderung in Rußland und in den europäischen Linksrevolutionen von 1918/19 setzten auf die Kooperation mit dem nationalen Kapitalismus, aber auch sie waren bemüht, den bürgerlichen Staat in den neuen Staat umzuwandeln, die Bürgerlichkeit der Gesellschaft und ihre Klassen zu liquidieren und den politischen Gegner über Terror und Gefängnis einzuschüchtern.

Die russischen Revolutionen von 1917 stießen den Prozeß des europäischen Bür-

gerkriegs an, der als Schlachtordnung, taktische und große Kriege erst 1989/90 beendet wurde. Wir folgen hier den Gedankengängen von Ernst Nolte, erweitern sie jedoch. Die Bolschewiki demonstrierten einen historischen Willen, eine neue Gesellschaft außerhalb der kapitalistischen Formation zu begründen. Sie schufen als Massenmobilisierung und Propaganda eine Ideologie, die von der Feindbestimmung lebte und die keinerlei Gnade mit dem Gegner kannte. Die zaristische Konterrevolution besaß als „Weißgardismus“ oder „Schwarzhundertschaft“ keinerlei Chance, denn sie wollte die alte Macht restaurieren und kämpfte im Namen der alten Eliten und der Großgrundbesitzer zugleich gegen die „roten Städte“ und gegen das bäuerliche Land. Die liberalen und sozialdemokratischen Eliten standen für den „historischen Kompromisse“ mit den zaristischen Vorgängern. Sie gerieten dadurch in den Bannfluch der Bolschewiki. Außerdem waren sie alle dem Terror der Tscheka und der Roten Armee nicht gewachsen. Geisel- und Massenerschießungen verbreiteten Angst und Verderben und veranlaßten die alten Klassen, Rußland zu verlassen. Die Konterrevolutionen in Europa lernten durch die russischen Ereignisse, die soziale Frage aufzunehmen, sich als politische Kraft zusammenzufinden und die Produktivkraft der Organisation, der Propaganda und des gezielten Terrors anzuerkennen. In Italien gelang die Transformation der Konterrevolution in eine politische Partei und in einen neuen Staat am schnellsten, weil hier Sozialisten und Syndikalisten Anteil hatten an der Formierung der faschistischen Macht und alle reaktionären und restaurativen Kräfte herausdrängten.

Der Nationalsozialismus in Deutschland benötigte schon deshalb einen längeren Anlauf, weil hier die liberalen und konservativen Parteien eine große Stabilität aufwiesen und außerdem Sozialdemokratie und Kommunismus die Masse der Arbeiterschaft organisierten. Der Nationalsozialismus mußte sich aus der Konterrevolution der Freikorps lösen und zugleich einen Bewegungskrieg eröffnen, in die Offensive gehen, um als subjektiver Faktor und Bewegungspartei politische Geltung zu erlangen. Er mußte gegen all diese Kräfte ein politisches Format finden. Er wäre gescheitert oder hätte das Fundament des demokratischen Staates nicht erschüttern können, wäre die politische Krise der Republik nicht durch die große Wirtschaftskrise

eskaliert. Der deutsche Nationalsozialismus war schon deshalb radikaler als der italienische Faschismus, weil er gegen die großen demokratischen Parteien anrennen mußte und in Konkurrenz zum Kommunismus stand, der die Dynamik der russischen Revolution auf Deutschland übertragen wollte. Die Gegner lernten von einander. Als Bewegungsparteien mußten NSdAP und KPD den Wahlkampf permanent gestalten und in einen symbolischen Bürgerkrieg als demonstrative Besetzung der Städte, als Einschüchterung der Gegner, als Saalschlacht und gezielten Terror überführen. Beide Parteien bildeten die Keimformen neuer Staaten und würden bei einer Machtübernahme, den bestehenden Rechtsstaat sofort in eine Diktatur überführen. Die Ideologien waren jeweils radikal antiliberal, antikapitalistisch, antisozialdemokratisch, antikommunistisch oder antifaschistisch. Beide Parteien bildeten ein externes Bündnis in der Zerschlagung der Weimarer Republik und waren intern schon deshalb Gegner, weil jede Partei die alleinige Herrschaft anstrebte.

Der Antikommunismus der Nazis und der Antifaschismus der Kommunisten waren gleichzeitig radikale Frontstellungen gegeneinander und subtile Anerkennung als Gegner und Kontrahent. Die unterschiedlichen Taktiken, Organisationsformen, Führerkulte, Symbole, Fahnen, Uniformen, Gesten, Rituale, Parolen usw. wurden durchaus akzeptiert, kopiert und übernommen und außerdem die gleichen sozialen Schichten angesprochen. NSdAP und KPD waren „feindliche Brüder“ bis zu dem Zeitpunkt, wo eine Partei die Macht übernehmen würde. Dann war eindeutig, daß die Führer des Gegenteils liquidiert oder in die Konzentrationslager eingesperrt werden würden. Die Masse der Mitglieder würde angesprochen werden, die Fronten zu wechseln. Das passierte 1933 in die Richtung der Nazipartei und nach 1945, nach der Kriegsniederlage der NS-Diktatur, in die Richtung von KPD/SED. In der Bestandsaufnahme der Niederlage 1933 wies die Kommunistische Internationale, Kuusinen, Pjatznitckij u. a. darauf hin, daß die KPD nicht

nur eine Bewegungs- und Übergangspartei war, sondern eine „Brücke“ zur NSdAP darstellte. 1944 wiesen die Exponenten der KPD und des internationalen Büros der KPdSU, Walter Ulbricht und Georgij Dimitroff, darauf hin, daß es galt, die „verwahrloste Jugend“ der NSdAP und ihrer Massenorganisationen in die KPD zu überführen. So eng gestaltete sich die Kommunikation dieser beiden Parteien.

Die NSdAP war im Gegensatz zur KPD, aber auch zum italienischen Faschismus radikal antisemitisch und rassistisch. Der Antisemitismus kaschierte die geheimen Absprachen dieser Partei mit dem Großkapital und mit den Konservativen aus Reichswehr und Staatsapparat. Der deutsche Kapitalismus war zu diesem Zeitpunkt weniger international angelegt und durchaus interessiert, das Instrument einer Diktatur zu nutzen, um die Vormacht in Europa zu gewinnen. In diesem Bündnis von Großkapital, Staatsexekutive und NSdAP konnte schon deshalb die Nazipartei sich durchsetzen, weil ihre Eliten rücksichtsloser und brutaler auftraten und zugleich die Unterstützung aus dem staatlichen Repressionsapparat erhielten. Ähnlich wie in Italien existierte auch in Deutschland ein „staatlicher Faschismus“, der sich der siegreichen Partei zur Verfügung stellte und den Rüstungs- und Sicherheitsstaat neu formierte. Der Terror gegen die Gegner konnte gezielt eingesetzt werden, weil die Politische und Kriminalpolizei seit 1930 auf diese „Tag der Rache“ gewartet hatte. Der Antisemitismus sollte verbergen, daß die NSdAP ihre antikapitalistische Ausrichtung verlor und ihr Sozialismus kapitalistische und zugleich staatskapitalistische Züge trug, er radikalisierte zugleich derartig umfassend die Ideologie, daß jedes Kalkül von Taktik verloren ging und die Kriegspolitik dieser Diktatur in die Abenteurer von Raumkrieg, totalen Krieg und Massenvernichtung trieb. Der Antisemitismus war zugleich die Ursache der Niederlage und des Niedergangs der nationalsozialistischen Konterrevolution, denn er zog auch die Großmacht USA in den Krieg gegen Deutschland. Diesem technolo-

gischen Potential war die deutsche Kriegswirtschaft nicht mehr gewachsen.

Der Antikommunismus der Nazis zeichnete ein absolutes Feindbild. Dieser Feind schien überall zu sein. Er wirkte als Nörgelei, als Widerwort, als Reste von Liberalismus und Konservatismus, als Widerstand in der Arbeitsfront oder Wehrmacht, als Witz oder Zweifel am Endsieg. Alles was aus der ideologischen Welt der Propaganda ausbrach, wurde der kommunistischen „Wühlarbeit“ verdächtigt. Der Antikommunismus wurde zu einer archaischen Größe des Kampfes gegen das Bösen erhoben und er brachte jede Opposition oder jeden Mißmut in den Verdacht, diesem Feind zu dienen. Er war deshalb Mittel, keinerlei Kritik aufkommen zu lassen und die Fronten geschlossen zu halten. In dieser dämonischen Aufladung war er auf eine totale Propaganda angewiesen, die radikalisiert und ergänzt wurde durch den gezielten Terror. Sie zerfiel, konnte diese Kombination von Propaganda und Terror nicht mehr aufrechterhalten werden.

Der Antifaschismus der KPD, der Sowjetunion und später der SED und DDR hatte eine ähnliche Dimension. Allerdings machte er unterschiedliche Positionswechsel durch. Der Antifaschismus der KPD lebte bis 1933 von der Faszination dem NS - Gegner gegenüber. Es gab Gemeinsamkeiten, sogar Bündnisse und Kopien in den Fragen von Führerkult, Fahnenappell, nationaler Mobilisierung und Propaganda. Außerdem waren für die KPD Sozialdemokratie und Zentrum verächtlicher als die Nazipartei. Deshalb wurde der „Sozialfaschismus“ in Gestalt der Sozialdemokratie radikal bekämpft und fand der „Klerikalfaschismus“ als der politische Katholizismus die ganze Verachtung der Kommunisten.

Nach 1933 bestand in der Sowjetunion sogar eine Bewunderung der Nazidiktatur, die so konsequent den „Röhmputsch“ erledigt und die Parteiopposition liquidiert hatte. Diese Ausschaltung der innerparteilichen Gegners Hitlers wurde in den „großen Säuberungen“ der KPdSU, des Staatsapparates, der Roten Armee und des Geheimdienstes zwischen 1934 und 1938 sogar übertroffen. Stalin ließ die revolutionären Avantgarden weitgehend umbringen, um eine Elite E an die Macht zu hieven, die konformen Funktionäre des Partei und Sicherheitsapparates, die aufstanden gegen die bolschewistischen Revolutionseiliten und die dem „großen Diktator“ in einer Zeit der Wirren und der großen Kriege unbedingte Gefolgschaft ver-

sprachen. Die Leistungen in der deutschen Kriegswirtschaft nach 1934 wurden von der Parteispitze um Stalin bestaunt und die militärischen Kooperationen zwischen Wehrmacht und Roter Armee ausgebaut. Diese Zusammenarbeit der beiden Mächte mündeten im Hitler-Stalin-Pakt von 1939, um die innere Dynamik der beiden Diktaturen in einen neuen Weltbrand zu überführen. Stalin kopierte sogar den völkischen Nationalismus, der russifiziert das Ziel in der Sowjetunion hatte, das „große Völkergefängnis“ ideologisch durch die „Großrussen“ zu hegemonisieren. Auch der Antisemitismus wurde im Kampf gegen den „Trotzkismus“ übernommen und traf primär die jüdischen Kader, die den großen Säuberungen in erster Linie zum Opfer fielen.

Erst mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 erlangte der Antifaschismus die neuen Ausmaße. Er übernahm vom nazistischen „Antikommunismus“ die Absolutsetzung und Dämonisierung des Feindes, der auf die Deutschen als „Volk“ übertragen wurde. Im „Großen Vaterländischen Krieg“ kämpfte „Mütterchen Rußland“ um seine Würde und Unabhängigkeit gegen die deutschen Kreuzritter. Dieses barbarische Volk des Kreuzes mußte besiegt und geschändet werden. Erst in dem Augenblick, als die „Rote Armee“ die Oder überquerte, nahm der Diktator Stalin Abstand von dem totalen Krieg gegen das deutsche Volk und kehrte zurück zu dem moderaten Antifaschismus der zwanziger und dreißiger Jahre durch die Worte: „die Hitler kommen und gehen, daß deutsche Volk aber bleibt.“ Aber es war schon zu spät dafür, daß die deutschen Arbeiter, aber auch die Mittelschichten und Kleinbürger Vertrauen in diese Großmacht faßten. Dieses Mißtrauen hielt bis 1989 an.

Der Antifaschismus der DDR hatte zu verdecken, daß in Ostdeutschland keine soziale Befreiung stattfand, sonder die Enteignungen von Großgrundbesitz, Großkapital und Mittelstand der Besetzung und der Ausbeutung der russischen Zone diene. Ein gigantischer Plan- und Staatskapitalismus wurde errichtet, der der sowjetischen Wirtschaft zurarbeitete. Die ostdeutsche Ökonomie bildete den technologischen Faustpfand der Sowjetunion, der die Grundlage weiterer sowjetischer Entwicklungen bildete. Die deutschen „Werk tätigen“ wurden über die Großbetriebe, Partei und Massenorganisationen klassenmäßig festgelegt und bestimmt. Ihnen wurde keinerlei Mitsprache oder demokrati-

sche Teilhabe in Produktion und Gesellschaft eingeräumt, sondern sie wurden zu einer „Produktivkraft“ formiert, die als Teil einer gigantischen „Lagerwirtschaft“ funktionierte. Der Antifaschismus hatte zu verbergen, daß die „demokratische Erneuerung“ von Politik, Kultur und Bildung, keinerlei Selbständigkeit der Arbeiterklasse oder der Bauernschaft oder gar den demokratischen Aufbruch brachte, sondern eine Hierarchie von Macht schuf, die den Großteil der Klassen in eine absolute Ohnmacht stellte und unter die Kontrolle der Massenorganisationen und der allgegenwärtigen Geheimpolizei subsumierte. Kultur und Bildung bewegten sich in der Dialektik von Befreiung und Dogmatisierung und folgten dem Ziel, die unterschiedlichen Teile von Intelligenz und vor allem die nachfolgenden Generationen in die Disziplin und Ordnung und in das materialistische Weltbild einzupassen und jeden Zweifel oder Kritik auszulöschen. Der „Antifaschismus“ war Teil einer Neuordnung von Gesellschaft und er verdächtigte jedes Widerwort und jede Kritik an dieser Entmündigung als „faschistische“ Hetze. Genau diese ideologische Zielsetzung war die Ursache dafür, daß die Sowjet- und DDR-Wissenschaften den Anschluß verloren an den Weltstandard. Dadurch, daß der „Antifaschismus“ das freie Wort hintertrieb, den Freisinn nicht duldeten oder die Kritik verachteten, zerstörte der die gedanklichen Grundlagen von Wissenschaft als Produktivkraft und Motor sozialer Entwicklung. Ein derartiger „Antifaschismus“ läutete das Ende des „Sozialismus“ ein.

Der „Antifaschismus“ der DDR war zugleich gegen die Bundesrepublik und gegen die westlichen Parteien gerichtet. Der Vorwurf des Neonazismus wirkte als permanente Anklage gegen die Staatlichkeit, gegen den Polizei- und Justizapparat, gegen die Bundeswehr und gegen die politischen Eliten der Bundesrepublik. Hohe Funktionäre der Nazi-Diktatur und der Nazi-Partei wurden immer wieder im Machtbereich des westlichen Staates aufgespürt und die Propaganda dagegen so zugerüstet, daß der Eindruck ent-

stand, daß die westliche Republik, nicht nur den Nachfolgestaat der braunen Diktatur stellte, sondern als Aggressionsmacht neue Kriege gegen die DDR und die Sowjetunion vorbereitete. Ein „antifaschistischer Schutzwall“ wurde errichtet, um die beiden Teilstaaten endgültig zu trennen und jeden Austausch oder Grenzwechsel zu vermeiden. Der „Antifaschismus“ war zugleich Mittel, den parallelen Aufbau von Partei, Staat, Massenorganisationen, Geheimpolizei, politischer Mobilisierung, Propaganda usw. in der DDR und in der Hitlerdiktatur zu unterschlagen. Obwohl für viele Bürger dieser Zusammenhang offensichtlich war, sollte die antifaschistische Propaganda Denkverbote errichten, um überhaupt keinerlei Vergleich aufkommen zu lassen.

Der ideologische „Antifaschismus“ als eine Reaktion auf die faschistischen Herausforderung nach 1923 und nach 1933 wäre mit dem Verlust des Gegners nach 1945 sehr schnell verglüht, hätte der Westen nicht gegen den östlichen „Totalitarismus“ im Kalten Krieg Position bezogen und den Vergleich zwischen roter und brauner Diktatur dramatisiert und wäre der materielle Konkurrenzkampf der beiden Blöcke nicht für den Osten negativ verlaufen. Der „Antifaschismus“ des Ostens verkörperte sehr bald eine Abwehrhaltung, gegen den Westen und dem „Neo-Liberalismus“ bestehen zu können. Dieser „Antifaschismus“ fand im Westen in den siebziger Jahren über die unterschiedlichen K-Gruppen sogar noch eine Radikalisierung.

Maoismus und Kommunismus innerhalb der Studentenbewegung repräsentierten in dieser Zeitspanne so etwas wie eine Negation eines spontanen und hedonistischen Aufbruchs junger Generationen, die mit der Erschütterung der konservativen Tradition auch ein kommunistisches Weltbild in Frage stellten. Ein kommunistischer Utopismus wehrte sich gegen eine derartige Umpolung, Umwertung und Umdefinitionen der Gehalte von Gesellschaft, Moral, Disziplin und Klassenkampf. Er restaurierte alle Elemente von „Antifaschismus“

aus den verschiedenen Zeitpunkten und benutzte ihn, gegen den Linksradikalismus als „Linksfaschismus“ in den eigenen Reihen oder gegen intellektuelle Außenseiter vorzugehen bzw. den Repressionsapparat der BRD als „faschistisch“ zu titulieren. Ein Neofaschismus wurde sichtbar in Staat und Kultur, in SPD und CDU/CSU und bei den linksradikalen Gegnern. Je nach Situation wurde gegen den Staatsfaschismus, gegen den Sozial- oder Klerikalfaschismus, gegen den Links oder Rechtsfaschismus oder gegen die faschistische NATO oder USA gestritten. Die Repolitisierung einer antifaschistischen Ideologie und ihr beliebiger Einsatz hatten zur Folge, daß der reale und historische Faschismus verharmlost wurde. Die Inflationierung des Faschismusvorwurfs hatte die Konsequenz, zwischen den unterschiedlichen Spielarten von Konservatismus und Rechtsradikalismus nicht mehr zu unterscheiden, sondern dem historischen Faschismus die Radikalität, die terroristische Zielsetzung und die Menschenverachtung zu nehmen. Waren die biederen Spießer oder Parteigänger von Sozialdemokratie oder christlicher Weltanschauung „faschistisch“, dann schien auch der historische Faschismus nicht so schlimm gewesen zu sein.

Die Ideologen der unterschiedlichen K-Gruppen, aber auch der DKP und der SEW benutzen den „Antifaschismus“, sich abzugrenzen und den Gegner zu denunzieren. Sie zerredeten dabei den Charakter des historischen Faschismus, der aus dem Streit und der „Zirkulation“ der unterschiedlichen Eliten kam und der eine schlagkräftige Partei zur Grundlage haben mußte, um eine historische Kraft zu werden. Außerdem verband er die Propaganda mit dem gezielten Terror gegen die Konkurrenzeliten. Propaganda und Terror benötigten einen organisatorischen und finanziellen Aufwand und sie mußten auf partielle Zustimmungen treffen. Ohne diesen ideologischen, organisatorischen, propagandistischen und subjektiven Rückhalt konnte kein „Faschismus“ entstehen. Die Inflation des Faschismusvorwurfs machte diesen zur Karikatur.

Der aktuelle Rechts- und Linksradikalismus im Zangengriff von Extremismus und Polizei

Der funktionale „Antifaschismus“ hätte untergehen müssen mit dem Zusammenbruch der DDR bzw. des „sozialistischen La-

gers“ und mit der Auflösung oder Umdisponierung der unterschiedlichen K-Gruppen oder der Gefolgschaftsparteien der DDR im Westen. Das passierte schon deshalb nicht, weil die nicht DDR abhängigen K-Gruppen in den frühen achtziger Jahren sich in der Grünen Partei zusammengeschlossen bzw. diese okkupiert hatten. Rudi Dutschke, Petra Kelly, Gerhard Bastian waren in den siebziger Jahren noch bemüht, eine Antipartei zu begründen, die ausscherte aus dem Bonner Machtkartell und der Oligarchisierung von politischen Eliten. Sie setzten bewußt auf die Initiativen von Basis- und Bürgerbewegung, um dem immanenten Zentralismus von Partei den demokratischen Willen der engagierten Akteure entgegenzusetzen. Nachdem alle drei Politiker, die sich gegen eine „Kooptation“ durch das politische System gewandt hatten, zu Tode gekommen waren, besetzten die K-Gruppen, an der Spitze die RAF als Putztruppe, der KBW und die KPD die Grüne Partei, um sie kadermäßig zu unterwerfen. Alle Experimente einer basisdemokratischen Alternative zur offiziellen Politik wurden aufgegeben und statt dessen eine Partei geschaffen, die sich dem Kaderaufbau der K-Gruppen verpflichtet fühlte. Die oberen Etagen der Grünen Partei wurden durch die RAF und die K-Parteien besetzt und die Machtpositionen aufgeteilt. Dadurch fand der „DDR-Antifaschismus“ bzw. dessen westliche Modifikationen die volle Anwendung. Er diente der Abwehr aller radikaldemokratischen aber auch linksradikalen Alternativen und war gedacht als politische Selbstdefinition. Der „faschistische Feind“ wurde in allen Varianten von Konservatismus und Rechtsradikalismus ausgemacht und er zielte primär auf den Zweifel in den eigenen Reihen und auf das freie Denken. Der „Antifaschismus“ wurde zum Ordnungsprinzip in dem Maße, wie die ökologischen und demokratischen Forderungen zurückgenommen wurden. Als Koalitionspartner der SPD ab 1998 wurde die Faschismusjagd zum Selbstverständnis dieser Partei, die alle Prinzipien ihres Ursprungs aufgegeben hatte.

Aber auch die SPD war nicht frei vom DDR-Eigenen „Antifaschismus“. Als öffentliche Dienst-Partei folgte sie dem unpolitischen Funktionalismus von Apparat und Arbeitsteilung. Dadurch war sie in Krisensituationen für die unterschiedlichen Ideologisierung und Politisierungen offen. Der „Antifaschismus“ wurde schon deshalb bedeutsam, um Abgrenzungen gegen den

christlichen Konservatismus vorzunehmen und um Positionen zu beziehen gegen einen nationalen Radikalismus, der schon deshalb entstehen mußte, weil Zuwanderungen, Pauperisierungen und der Verlust an Staatlichkeit und nationaler Identität kein politisches Maß in den bestehenden Parteien fanden. Der „Antifaschismus“ lieferte eine Scheinorientierung, die schon deshalb aufrecht erhalten wurde, weil die Eliten dieser Parteien den Zerfall der inneren Ordnung einfach ignorierten. Der „Antifaschismus“ wurde zum Regierungsprogramm, um eine eingebildete „Normalität“ zu bewahren und nicht zur Kenntnis zu nehmen, daß Europa als Einwanderungsland nicht nur paralysiert wurde, sondern zugleich als Eroberungsland vom „globalisierten Liberalismus“, aber auch von den unterschiedlichen islamischen und christlichen Sekten gesehen wurde. „Antifaschismus“ wurde zum Pseudonym eines blinden, staatlichen Aktionismus, der nicht mehr zu wissen schien, was zu tun war.

Aber diese Auflösung von Politik in „Antifaschismus“ war bereits Ergebnis unterschiedlicher Bemühungen, Politik auf die Höhe der Zeit zu bringen. Zu Beginn der sechziger Jahre hatten die Linke und die Rechte jeweils eigenständige Versuche gestartet, aus dem Politikzusammenhang der Bundesrepublik auszubrechen. Die „Volksparteien“ SPD oder CDU/CSU hatten bis zu diesem Zeitpunkt den Auftrag, ihre linken oder rechten Ränder jeweils aufzufangen. Das gelang weitgehend, wenn der Radikalismus von KPD oder SRP (Sozialistischer Reichspartei) dem Verbot durch das Bundesverfassungsgericht unterlag. Nach 1961 entstanden links und rechts von dem demokratischen „Konsens“ Aufbrüche, die nur schwer zu befrieden waren.

Rechts von CDU/CSU entwickelte sich die NPD, die als Partei ab 1964 die mittelständische Wirtschaft, aber auch die Verlierer des Wirtschaftswunders aufnehmen wollte. Sie wurde von Adolf von Thadden geformt, um die Partei herauszuführen aus dem historischen Rechtsradikalismus, Faschismus und Nationalsozialismus. Er war zugleich bemüht, neue Maßstäbe zu set-

zen, die den Nationalismus als Kultur und Tradition im europäischen Zusammenhang wahrnahmen. Er ahnte nicht, daß eine derartige Partei in Deutschland sofort die Ausmaße einer Bewegungs- und Aktionspartei erhielt, gelang es ihr Einfluß zu nehmen auf den jugendlichen Außerparlamentarismus, der zu diesem Zeitpunkt von der linken APO in Gang gesetzt wurde. Es entstanden im rechten Jugendmilieu „Wehrsportgruppen“ und neue „Gemeinschaften“, die sofort in die Observation von Verfassungsschutz und Geheimdiensten gerieten. Im Grunde konnte Thadden, der eher sich dem „nationalen Widerstand von 1944“ verpflichtet fühlte, Partei und Bewegung nicht koordinieren, da er alle Berührungen zu einem „Neofaschismus“ vermeiden wollte. Er gab sehr schnell auf und überließ die Partei den Zufällen und Ereignissen. Sie bewegte sich in den Rechtsradikalismus hinein, ohne jedoch faschistisch zu werden, wird „Faschismus“ weiterhin gleichgesetzt mit einem „revolutionären Aufbruch“ und mit der existentiellen Konkurrenz unterschiedlicher Machteliten.

Links von der SPD entstanden „Aufbrüche“, die von der Partei nicht „befriedet“ werden konnten. Dem Sozialistischen Studentenbund (SDS) gelang durch unterschiedliche Aktionen die Politisierung der neuen Generationen, die von der SPD nur schwer aufgenommen werden konnten. Es entstand eine Szene außerhalb der parlamentarischen Ordnung, die kaum kontrollierbar war und die ihre eigene Dynamik besaß. Der Linksradikalismus bewegte sich zwischen allen Fronten und war nur mühselig festlegbar auf die Politik der östlichen Großmächte. Dadurch verlor er jede Formgebung und selbst die Legalisierung der KPD als DKP bot keinerlei Schranken, diese Radikalisierung aufzufangen. Die unterschiedlichen K-Gruppen, aber auch RAF, Revolutionäre Zellen und die Putztruppen der Großstädte waren Ausdruck dieser immanenten Radikalisierung. Sie zersprengten den SDS und ließen keinerlei Konsolidierung zu. Im Linksradikalismus existierten tatsächlich „faschistische“ Elemen-

te, wollten die Provokationseliten doch eine „neue Gesellschaft“ und einen „neuen Menschen“ schaffen und waren sie doch erpicht darauf, den „Konsumterror“, den „Kaufrausch“ und den „Liberalismus“ als politische Inszenierung von Demokratie und neue Variante von einem „absoluten Autoritarismus“ zu vernichten. Die Bundesrepublik und die USA wurden zu imperialistischen und zugleich „faschistischen“ Mächten erklärt. Wiederum waren Verfassungsschutz und Geheimdienste bemüht, diesen Extremismus unter ihre Fittiche zu nehmen, was nur bedingt gelang. Erst mit dem Scheitern der RAF als Keimform eines neuen Staates und einer neuen Partei und mit der Gründung der Grünen Partei konnten Perspektiven gelegt werden, die interessant waren für die Kader dieser Extremgruppen, zurückzukehren in die Normalität und einzutauchen in die Kernbereiche der politischen Klasse. Diesen Weg hat die Mehrheit der Kader nach 1980 beschritten.

NPD und APO gelangten aus eigener Kraft nur sehr mühselig zu einem inneren Ausgleich. Sie gerieten sehr schnell in die Zange von einer immanenten Radikalisierung und der Aufsicht durch Verfassungsschutz und Geheimdienste. Diese Einflüsse nahmen wurden in den siebziger Jahren noch potenziert durch die Aktivitäten von MfS, HVA und der östlichen Geheimdienste. Die innere Radikalisierung und die äußere Instrumentalisierung bildeten eine „Zange“, die letztlich die Selbständigkeit der Gruppen auflöste. Der „Extremismus“ und die polizeilichen Aktivitäten nahmen den Parteien außerhalb der Parteiordnung jede Selbständigkeit. Die Polemik des „Antifaschismus“ oder des „Antikommunismus“ war weiteres Mittel, diese Gruppen einzubinden in die vorherrschende Politik oder sie auszugrenzen und dem Verbot durch das Bundesverfassungsgericht preiszugeben.

Der Extremismus als Links- oder Rechtsradikalismus besaß keinerlei Chancen, zu einer Politik-Fähigkeit jenseits der etablierten Parteien vorzustoßen, wurde er doch durch einen radikalen, inneren Extremismus oder durch die Tätigkeit der Dienste festgelegt. Der Linksradikalismus scheiterte vor 1989 an dieser doppelten Bindung und es ist anzunehmen, daß auch der Rechtsextremismus als Rechtsradikalismus und Faschismus über diese doppelte Bindung nicht hinauskommt, es sei die Dienste würden zurückgezogen werden und der Radikalismus würde Zeit und

Aussprache gewinnen, das „Maß aller Dinge“ zu finden. Daran haben die herrschenden Parteien jedoch keinerlei Interesse, um das „Monopol“ ihrer Verfassungsmäßigkeit nicht zu verlieren und um die „wehrhafte Demokratie“ gegen alle potentiellen Feinde und sozialen Umbrüche einsetzen zu können. Der „Antifaschismus“ besaß historisch und aktuell den Sinn, alle Alternativen zu negieren und abzulenken von der Tatsache, daß der Extremismus aus der Mitte des Staates kam.

Staatsfaschismus

Der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus gelangten ab 1924 bzw. ab 1933 nicht zufällig „legal“ an die Macht, denn Teile der Staatsexekutive und vor allem Teile der Wirtschaft sympathisierten mit der faschistischen oder nationalsozialistischen „Revolution“. Revolutionär waren diese antibürgerlichen Gruppierungen schon deshalb, weil sie die politischen und ökonomischen Krisen überwinden wollten durch Eingriffe in Gesellschaft und Staat, die Verfassung und Tradition sprengen würden. Es galt, eine historische Initiative zu bewältigen, die herausführen sollte aus den ökonomischen und sozialen Fesseln und die die Perspektiven von Industrialisierung, Aufrüstung, sozialer Mobilmachung, Krieg und der Neugestaltung Europas hatten. Derartige Maßnahmen und Planungen waren mit der politischen Gewalt verbunden, alles zu verändern und die Gegenkräfte mit gezieltem Terror einzuschüchtern. Demagogen, Propagandisten und Agitatoren mußten eingesetzt werden, um diese Ziele als Alternativen zum Bestehenden in das Volk zu werfen. Die Propaganda mußte als „Produktivkraft“ einen eigenen Stellenwert im neuen Staat erreichen und kurzgeschlossen werden mit dem Terror, um den Gegner zu zermürben und auszuschalten. Der neue Staat nahm deshalb alle Elemente des Repressionsstaates auf und radikalisierte ihn durch die Ansprüche von Propaganda und Terror. Dadurch entstand nach Ernst Fraenkel ein „Maßnahmestaat“, der nach und nach den Rechtsstaat überwinden würde. Er wurde zum Kern der Diktatur.

Die permanente Umwälzung war mit einem permanenten Krieg verbunden, der entweder zu einer Neuordnung der Welt führte oder deren „Untergang“ provozieren würde. Die Staatsfunktionäre sympathisierten mit dem „historischen Willen“ von Fa-

schismus oder Nationalsozialismus und stellten ihren Apparat vor der Machtübernahme zur Verfügung bzw. waren bemüht, diese radikalen Parteien zu „kooptieren“. Der faschistische Staat entstand lange vor der „Machtergreifung“, weil Teile der Staatsexekutive sich zu den Parteigängern des „Faschismus“ zählten und zugleich im Sinne dieses Extremismus den politischen Gegner observierten. Ohne diese Kooperation wären die Politische Polizei oder die GESTAPO nicht so erfolgreich gewesen in der Verfolgung von Kommunisten oder der antifaschistischen Opposition.

Nach dieser Definition hatte der Staatsfaschismus die faschistische Vision und die Kampfkraft einer faschistischen „Partei“ bzw. Massenbewegung zur Voraussetzung. Ein staatlich festgelegter Faschismus konnte nur bedingt sich konstituieren oder mußte nachträglich sich über Partei und Massenbewegung legitimieren. Das würde die Besonderheit des „Francismus“ in Spanien markieren und die Besonderheit des lateinamerikanischen „Populismus“ verdeutlichen, der zwar das faschistische Italien oder die Führerfigur des „Duce“ zum Vorbild nahm, jedoch als Militärputsch oder Militärdiktatur eine politische und zugleich revolutionäre Perspektive finden mußte. Dem Peronismus in Argentinien gelang diese „Transformation“ zu Beginn der vierziger Jahre, während die chilenischen oder brasilianischen Militärdiktaturen in den siebziger Jahren die Metamorphosen zur „Faschisierung“ der Gesellschaft kaum durchstanden, sondern sehr schnell an die Schranken einer Klassengesellschaft stießen. Diese Skizzierung soll verdeutlichen, daß eine Faschisierung eines Rechtsstaates nur sehr schwer gelingen konnte, gewann sie keinerlei Entsprechung in der Gesellschaft oder in einer starken faschistischen Bewegung.

Diese analytischen Fixpunkte werden bedeutsam bei der Charakterisierung des aktuellen Sicherheitsstaates und des Ausbaus und der technologischen Ausrüstung von Verfassungsschutz, Geheimpolizei und Geheimdiensten. Eine „wehrhafte Demokratie“ hatte sich verfassungsmäßig in

Deutschland den Auftrag gegeben, Rassen- und Fremdenhaß nicht zu akzeptieren und strafrechtlich zu verfolgen. Sie hatte sich zugleich die Aufgabe gestellt, Extremparteien, die die freiheitlich demokratische Ordnung aushebeln wollten bzw. einen neuen Staat oder eine Diktatur anstrebten einer Verbotsdrohung zu unterwerfen und sie auch zu verbieten, würden sie die Grundlagen des Grundgesetzes in Frage stellen. Die Erfahrungen der politischen Paralyse zwischen 1930 und 1933 diktierten den Verfassungsgesbern diese Ausnahmeverfahren, um den demokratischen Aufbau der Republik zu bewahren und kämpferisch zu verteidigen. Der Ausbau der Staatsexekutive und des Sektors der inneren Sicherheit wurde damit legitimiert, daß der Staat die Republik vor dem Extremismus schützen mußte und sich aufrüstete gegen einen internationalen Terrorismus und gegen die Ausbreitung der „kleinen Kriege“ in den deutschen und europäischen Städten. Der Sicherheitsstaat war nach dieser Selbstinterpretation „autoritär“, er schränkte partiell die Freiheits- und Bürgerrechte ein, er besaß jedoch keinerlei faschistische oder totalitäre Potenzen.

Diese Aussagen hielten nur schwer einer Überprüfung stand. Deutschland und Europa waren dabei, den Status der „Normalität“ aufzugeben, der das Grundgesetz festgeschrieben hatte. Durch die Entstaatlichung des Nationalstaates durch die Europäische Union und deren Verfassung verloren Staatsexekutive und Sicherheitsstaat an Legitimität. Über die Bereiche NATO und Sicherheit etablierte sich im europäischen Zusammenhang ein „Ausnahmestaat“, der weder durch das europäische Parlament, noch durch die Kommission der Regierungschefs und nicht durch den Europäischen Rat kontrolliert werden konnte, weil er Sicherheitsbestimmungen folgte, die über Geheimverhandlungen zwischen den Kommandostäben der USA, der Armeen und Sicherheitsdienste festgelegt wurden. Die Eskalation der Kriege nach Asien waren genauso Gegenstand der Abmachungen wie die technologische Observation eines potentiellen und tatsächlichen Terro-

risimus. Ein Polizeistaat wurde technisch und auch verfahrensmäßig etabliert.

Diese Aufrüstung und Staatenbildung im europäischen Großstaat bei gleichzeitiger Entstaatlichung der Nationalstaaten folgte offensichtlich einem Bild, das davon ausging, daß die Liberalisierung der Wirtschaft und die Auflösung der Sozialstaaten zu sozialen Unruhen führen würde, die militärisch und polizeilich bekämpft werden mußten. Die Pauperisierung der produktiven Klassen und die industrielle Verödung ganzer Regionen sollte ergänzt werden durch einen offenen Arbeitsmarkt, der die Löhne senken und der eine riesige Reservearmee von Beschäftigungslosen schaffen würde. Auch diese mußten unter die staatliche Aufsicht des Sicherheitsstaates gestellt werden. Die unkontrollierbare Einwanderung einer Überbevölkerung Afrikas und Asiens ergab sich daraus, daß die Entwicklungshilfen weitgehend eingestellt wurden und die ehemaligen Kolonialmächte sich ihrer Verantwortung entzogen. Dem Massenelend entzogen sich die aktiven Teile dieser Völker. Dadurch wurden die Bürgerkriege dieser Länder in die Metropole getragen. Außerdem breitete sich die internationale Kriminalität aus. Gegen eine derartige Chaotisierung der Gesellschaft würden linke und rechte Kräfte Protest anmelden und es bestanden Möglichkeiten, daß der Linksradikalismus ergänzt wurde durch einen Rechtsextremismus, die sich jeweils wehrten gegen Ungerechtigkeit und gegen die Zerstörung der Städte und ihrer Kulturen.

Diesen Entstehungsprozeß des „Radikalismus“ wollten die Staatsschützer unter Kontrolle halten, indem sie seine Impulse aufnahmen und durch Agenten politisieren ließen. Rassismus und Fremdenhaß wurden geschürt, um die entsprechenden Parteien dem Verbot und der Illegalisierung auszusetzen. Jede Reflektion über den Zustand der Republik wurde durch Denunziationen in die Nähe eines derartigen Extremismus gestellt und mundtot gemacht. Der „Antifaschismus“ fand seine sicherheitspolitische Auferstehung und Unterstützung, um die Universitätsintelligenz einzuschüchtern und um zu verhindern, daß von dieser Seite Protest angemeldet wurde. Eine „Faschisierung“ der Gesellschaft wurde von den Diensten in Gang gesetzt, um sie dann abzuwürgen und die Akteure in Polizeigewahrsam zu nehmen. Der Sicherheitsstaat trat als Provokateur, Akteur und „großer Bruder“ auf. Da-

durch sollten die bestehenden Bürgerkriegsfronten immer wieder eingeebnet werden.

Die ausländischen Geheimdienste hatten eine ähnliche Zielsetzung. Deutschland oder sogar Europa sollten unter Kontrolle gehalten werden, um das Gleichgewicht der Kräfte geopolitisch nicht zu erschüttern und um die einzelnen Mächte einzuspannen in die neuen Kriege, die notwendig schienen, um die Selbstbehauptung der Großmacht USA zu garantieren. Die inneren Tendenzen einer sicherheitspolitischen Formierung des Staates und einer Machtkontrolle von außen schuf einen „Totalitarismus“, der keiner ideologischen und politischen Mobilmachung

bedurfte. Der Kaufrausch, die Kollektivierung durch Konsum und Status, die Pauperisierung bzw. die Paralyse, die Entnationalisierung der Klassen und Staaten schienen Garantie dafür zu sein, daß keinerlei Massenwiderstand sich ausbreitete. Die Widerwehr einzelner Akteure oder einzelner Gruppen wurde polizeistaatlich platt gemacht. Der „Antifaschismus“ bildete in diesem Zusammenhang eine ideologische und intellektuelle Frontstellung, um jedes Widerwort oder jeden Freisinn in Mißkredit zu bringen.

Im Nachgang:

Pressekonferenz mit Professor Bernd Rabehl in Dresden am 09.06.2005:

Professor Bernd Rabehl hatte am Anfang Bedenken gehabt, als die vom NPD-Parteivorstand herausgegebene Monatszeitung „Deutsche Stimme“ ihn im Januar 2005 um ein Interview gebeten hatte, da er zu diesem Zeitpunkt schon mehrere gegen ihn gerichtete politische Kampagnen hinter sich hatte und er eigentlich ein unbeschwertes Dasein als Rentner genießen wollte. Da er aber nicht dem opportunistischen Konsens folgen wollte, nicht mit Vertretern der NPD zu reden, habe er zu sich selber gesagt: „Sei nicht feige, Rabehl! Du gehst da hin!“.

Rabehl betonte, daß er sich vom Beginn seiner Kontakte mit der „Deutschen Stimme“ und der NPD-Fraktion bewußt gegen die vorgeblich „antifaschistischen“ Tugendwächter sowie gegen die Geheimdienste wenden wollte, die schon die APO und den SDS unterwandert und zersetzt hatten.

Die daraufhin einsetzende Kampagne gegen seine Person habe ihn zwar nicht überrascht, aber wegen ihrer Gleichgerichtetheit doch wieder die Frage in ihm aufgeworfen, wie es in einem Land ohne Zensur und ohne Einheitspartei zu solchen Phänomenen kommen könne. Rabehl führt dies auf die exorbitante finanzielle Alimentierung eines sich als „wissenschaftlich“ gebenden „Antifaschismus“ zurück, die sich im dreistelligen Millionenbereich bewege. Damit einher gehe ei-

ne Verwilderung journalistischer und wissenschaftlicher Sitten, die sich in der letzten Konsequenz bis zur Tötungsabsicht gegen nicht-konforme Personen steigern könne.

Seine Kontakte zur NPD seien für ihn eine „wissenschaftliche Pflicht“, da er im Gegensatz zum staatlich-akademischen „Antifaschismus“ in Kontakt mit den Personen treten wolle, über die er schreibe. Er suche nach wie vor die freie Diskussion („Ich bin antiautoritär!“) und hoffe, daß die Entwicklung in Deutschland wieder hin zu einer „kritischen Universität“ führen werde, in der die Freiheit der Wissenschaft wiederhergestellt ist.

Zur NPD äußerte Rabehl: „Die NPD ist keine faschistische Partei. Es gibt unterschiedliche Strömungen des Rechtskonservatismus, des Rechtsradikalismus und des Liberalkonservatismus, die differenziert betrachtet werden müssen“. Was Dutschke zu seinen heutigen NPD-Kontakten sagen würde, wisse er nicht, allerdings sei er in Sorge darüber, daß die Deutschen zu einem „geschichtslosen Volk“ in der Definition von Friedrich Engels ohne Sprache, ohne Ziele, ohne Eliten und ohne Identität werden.

INFO-GUTSCHEIN

Vorname

Name

Straße/Haus-Nr.

PLZ/Ort

Telefon

ePost

Alter

Bitte schicken Sie mir kostenlos

- ein Informationspaket
- regelmäßig die Fraktionszeitung „Klartext“
- die Dokumentationsbroschüre „Das Ende der Erba-Lautex – ein sächsischer Wirtschaftsskandal und die Rettungsversuche der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag“
- die Themenmappe „Ja zu Europa – Nein zu dieser EU“
- die Dokumentationsbroschüre zur Haushaltsdebatte im Sächsischen Landtag (mit den Redebeiträgen der NPD-Abgeordneten)
- die Dokumentationsbroschüre zur Diskussion über den Dresdner „Bomben-Holocaust“
- die Doppel-DVD mit Live-Mitschnitten von Redebeiträgen der NPD-Abgeordneten
- die DVD mit Rede-Mitschnitten zum Thema „Los von Brüssel!“

NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag ^{H7}

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Telefon (0351) 49 34 900, Telefax (0351) 49 34 930